



Wir stehen für Stabilität und Sicherheit

41. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seon
vom 4. bis 6. Januar 2017



Wir stehen für Stabilität und Sicherheit

41. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon
vom 4. bis 6. Januar 2017

Inhalt

4	Politischer Bericht der CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt	28	Wurzeln, sind aber als übergreifender Konsens Teil unserer Verfassung“
8	Horst Seehofer: „Was wir Euch versprechen, werden wir auch durchsetzen“	36	Beschluss: Sicherheit für unsere Freiheit
10	Erna Solberg: „Die europäischen Staatschefs müssen sich dem Unbehagen stellen, das viele Menschen empfinden“	44	Beschluss: Deutschland nicht überfordern – Zuwanderung begrenzen
12	Julian King: „Die Verbesserung unserer Sicherheit erfordert unser aller Einsatz“	50	Beschluss: Integration – Unsere Werte gelten
14	Fabrice Leggeri: „Frontex braucht eine enge Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden“	56	Beschluss: Deutschland fit machen für die Digitalisierung – Chancen ausgewogen nutzen
16	Bruno Kahl: „Anstrengungen und Wachsamkeit aller, die für die Sicherheit verantwortlich sind“	62	Beschluss: Gefahren aus der virtuellen Welt wirksam entgegentreten
18	Joachim Herrmann: „Die Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates“	66	Beschluss: Steuerpolitik – für eine echte Entlastung
20	Norbert Lammert: „Wir wissen nicht, was uns im Laufe des Jahres 2017 noch erreicht“	72	Beschluss: Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Familien fördern
22	Joe Kaeser: „Soziale Marktwirtschaft 2.0 muss inklusiv sein“	76	Beschluss: Altersvorsorge – den Bedürfnissen von Jung und Alt gerecht werden
24	Heinrich Bedford-Strohm: „Die Menschenrechte haben christliche	82	Beschluss: Europa – Stark und Selbstbewusst
		88	Beschluss: Ländliche Räume fördern
		88	Die 56 CSU-Abgeordneten der 18. Wahlperiode
		90	Impressum

Gerda Hasselfeldt

Politischer Bericht der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Terroranschläge, Flüchtlingsströme, Brexit: Die diesjährige Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag fand in sehr bewegter Zeit statt. Nicht nur wegen des Wahljahres ist sie zu einer unserer wichtigsten Klausurtagungen geworden, sondern auch, weil die Menschen verunsichert sind und die Welt mit verheerenden Kriegen und ihren Folgen aus den Fugen zu geraten scheint.

2016 gab es Terroranschläge nicht nur außerhalb Deutschlands, sondern auch bei uns. Immer noch gibt es Flüchtlingsströme. In Europa werden immer wieder nationale Interessen in den Mittelpunkt gestellt, die europäische Solidarität könnte besser sein. Das Vertrauen der Menschen schwindet, sowohl gegenüber den politischen Institutionen als auch gegenüber den Medien. Viele sorgen sich um die Sicherheit des Landes.

Mein Motto für diese Tagung lautete „Wir sorgen für Stabilität und Sicherheit“: stabile Verhältnisse sowohl im wirtschaftlichen als auch im sozialen und politischen Bereich, Sicherheit in allen Facetten.

Wir haben den Schwerpunkt frühzeitig und ganz bewusst auf die innere Sicherheit in Verbindung mit der Begrenzung der Flüchtlingszahlen und der Frage der Integration gesetzt. Diese standen auch im Mittelpunkt der Beschlüsse. All diese Fragen sind Kernkompetenzen der CSU. In dieser Zeit, in der sich die Menschen nach persönlicher Sicherheit sehnen, ist es umso wichtiger, dass wir konkrete Vorschläge machen.

Es darf aber nicht bei Beschlüssen bleiben. Sie müssen auch Gesetz werden. Und da haben wir bereits einiges umsetzen können, wofür wir zuvor heftig kritisiert worden sind: zum Beispiel die

Eindämmung des Missbrauchs von Sozialleistungen durch EU-Ausländer, die Trennung der Flüchtlinge in Schutz- und Nichtschutzbedürftige oder die Verkürzung der Asylverfahrensdauer. Wir müssen aber darauf achten, dass wir noch mehr durchsetzen. Strafbarkeit der Sympathiewerbung, Transitzentren, Abschiebehaft für Gefährder – das sind allesamt Vorschläge, die wir bereits gemacht haben, die von der SPD aber bislang abgelehnt wurden. Dass sie nun Gesprächsbereitschaft zeigt, ist ein gutes Zeichen. Denn: Wir müssen die Sicherheit der Menschen jetzt verbessern.

Andere Themen haben wir daneben nicht vergessen, etwa die Altersvorsorge, Familie, Steuern, Veränderungen in der Arbeitswelt. Viele dieser Themen betreffen Menschen noch viel unmittelbarer. Sie stehen vielleicht nicht so im Fokus, aber auch dazu müssen und wollen wir die Weichen stellen. Angesichts

des Wandels in der Arbeitswelt zum Beispiel – Stichwort Industrie 4.0 – benötigen wir nicht nur eine Verbesserung der Infrastruktur, sondern vor allem auch Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung des Lehrpersonals. Auch hier haben wir konkrete Vorschläge verabschiedet.

Oberste Priorität hat es, für die Menschen in diesem Land zu sorgen – und ihnen konkrete Antworten zu geben. Insgesamt haben wir auf der Klausurtagung zehn Beschlüsse gefasst: unter anderem zur inneren Sicherheit, zur Begrenzung der Zuwanderung, zur Digitalisierung und zur Altersvorsorge. Hierzu haben wir uns mit prominenten Gästen ausgetauscht, etwa mit der norwegischen Ministerpräsidentin Erna Solberg, mit dem Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG, Joe Kaeser, oder auch mit Bundestagspräsident Norbert Lammert.

Vor uns liegt ein arbeitsreiches Jahr. Die innere Sicherheit und die persönliche Zukunft der Menschen werden entscheidende Wahlkampfthemen sein. In dieser Legislaturperiode haben wir schon viel erfolgreich gestaltet und gemeinsam viel für Bayern erreicht, etwa bei der Erbschaftsteuer oder beim Länderfinanzausgleich. Aber wir wissen auch: Wir haben noch einen riesigen Aufgabenberg vor uns und müssen den Menschen konkrete Antworten geben.

Unsere Klausurtagung bildet seit Jahrzehnten den Auftakt des politischen Jahres. Dieses Mal mit einer Premiere: Zum ersten Mal seit 40 Jahren waren wir aufgrund von Sanierungsarbeiten nicht in Wildbad Kreuth zu Gast, sondern im oberbayerischen Kloster Seon im schönen Chiemgau.

An neuem Ort, in altem Geist – mit dieser Klausurtagung haben wir gezeigt:

Wir kümmern uns um die Probleme, die die Menschen vor Ort bewegen.

Mit unseren Beschlüssen haben wir erneut unseren Charakter als Volkspartei unterstrichen. Auch 2017 sind wir wieder Impulsgeber für die politische Arbeit in Berlin.



Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Horst Seehofer
Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union (CSU) und Bayerischer Ministerpräsident



„Was wir Euch versprechen, werden wir auch durchsetzen“

„Seeon ist bestens geeignet und eine gute Wahl“, so das Fazit des CSU-Parteivorsitzenden Horst Seehofer zum neuen Tagungsort in Oberbayern. Und: „Auf die politischen Inhalte kommt es an. Diese haben wir gesetzt.“

Für die CSU sei die Bundestagswahl in diesem Jahr existentiell. Es sei naiv zu glauben, die CSU könne gut in den Landtagswahlkampf 2018 gehen, ohne zuvor die Bundestagswahl mit erneuter Regierungsbeteiligung gewonnen zu haben. „Wir profitieren von unserer Stärke in Bayern“, machte er klar. „Wir sind aber auch nur dann in Bayern stark, wenn die Menschen auf unser Wirken in Berlin stolz sind.“ Durch eine kluge Politik könne sich die Union dem Ergebnis von 2013 annähern.

Wichtig werde in den kommenden Monaten sein, klare Positionen zu beziehen, eine klare Sprache zu sprechen und klare Alternativen zu bieten. „Was wir Euch versprechen, werden wir auch durchsetzen – das müssen wir dem Wähler deutlich machen“, so Seehofer. Deshalb müsse die Sicherheits- und Zuwanderungspolitik neu justiert werden. Der bloße Satz „Das Jahr 2015 wird sich nicht wiederholen“ werde nicht ausreichen. Es müsse den Menschen auch vermittelt werden, wie die CSU dieses Versprechen einlösen wolle. Generell gelte, neben der Obergrenze zwei oder drei zentrale Punkte als Voraussetzung für eine künftige Regierungsbeteiligung der CSU in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Es brauche die klare Zusage an die Wähler, dass Deutschland Deutschland bleibe. „Sicherheit durch Stärke“ müsse ein Motto lauten, erklärte der Parteivorsitzende.

Immens wichtig sei auch eine gute Wirtschafts- und Steuerpolitik: „Dies ist unser Markenkern“, so Seehofer. Da Großbritannien für Bayern der zweitwichtigste Handelspartner sei, bat er darum, das deutsche und bayerische Interesse in den anstehenden Verhandlungen in den Mittelpunkt zu stellen. Das gelte auch für den Umgang mit anderen Ländern. „Wir können nicht bei all den Staaten, mit denen wir politisch nicht einer Meinung sind, die wirtschaftlichen Beziehungen gefährden.“

Erna Solberg
Ministerpräsidentin von Norwegen und Vorsitzende der Partei Høyre



„Die europäischen Staatschefs müssen sich dem Unbehagen stellen, das viele Menschen empfinden“

Gastbeitrag von Erna Solberg

Die Migration, der Brexit und Norwegens Beziehungen zur EU haben eines gemeinsam: Sie offenbaren, wie tief gespalten unsere Gesellschaften sind. Die gemäßigten politischen Parteien müssen die populistische Gefahr bekämpfen, indem sie echte Lösungen für die realen Probleme der Menschen anbieten. Norwegen hat 2015 eine große Zahl von Asylbewerbern aufgenommen: mit 31.145 Anträgen die höchste Zahl bislang überhaupt. Für uns gelten folgende Prinzipien:

- ◆ Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten. Sonst untergraben wir das Asylsystem.
- ◆ Bessere Integrationspolitik für diejenigen, denen Asyl gewährt wird. Das Erlernen unserer Sprache und das Anpassen an die norwegische Gesellschaft sind von wesentlicher Bedeutung.
- ◆ Rückführung von Personen, die die Bedingungen für Asyl nicht erfüllen. Dies ist wichtig, um eine große Zahl illegaler Migranten zu verhindern, die für Sozialmissbrauch anfällig wird.
- ◆ Bekämpfung der Fluchtursachen. Norwegen wird in der Entwicklungszusammenarbeit seinen hohen Standard beibehalten.

Ich denke, dass unsere offene Debatte dazu geführt hat, dass es sowohl für die Begrenzung der Migration als auch für die Verbesserung der Integrationspolitik eine breite Unterstützung gab.

Mit der EU teilen wir Schwerpunkte wie Wettbewerbsfähigkeit, Forschung und Entwicklung, Sicherheit, Klimawandel und Migration. Deshalb sollten diese, für die europäischen Wähler wichtigen Schwerpunkte nicht durch die Brexit-Verhandlungen vernachlässigt werden.

Leider sehen wir Anzeichen dafür, dass Nationalismus und Abschottung auf dem Vormarsch sind. Um dies zu vermeiden, müssen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs dem Unbehagen und dem fehlenden Vertrauen stellen, das viele Menschen heute empfinden. Dies wird unsere größte Herausforderung in der nächsten Zeit sein.

Julian King
EU-Kommissar für die Sicherheitsunion



„Die Verbesserung unserer Sicherheit erfordert unser aller Einsatz“

Gastbeitrag von Julian King

Die deutschen und bayerischen Behörden unternehmen viel, um der Terrorgefahr zu begegnen. Die grenzübergreifende Dimension dieser Gefahr erfordert zudem eine effektive Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Wir haben die Kontrollen an den EU-Außengrenzen verschärft und uns auf eine systematische Überprüfung aller Einreisenden in den Schengen-Raum geeinigt. Wir haben das Schengener Informationszentrum ausgebaut und neue Vorgaben bezüglich Meldung und Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten eingeführt. Wir haben die Ausbildung und Ausreisen von Menschen zu Terrorzwecken sowie die Finanzierung terroristischer Aktivitäten in allen Mitgliedstaaten strafbar gemacht. Alle Mitgliedstaaten müssen über Hilfspläne für Opfer von Terrorangriffen verfügen. Wir haben unsere Bemühungen verstärkt, Geldwäsche und andere Formen der Terrorfinanzierung zu kontrollieren und den Zugang zu Waffen und Sprengstoff für Terroristen zu unterbinden. Die Nachrichtendienste der Mitgliedstaaten haben ihre Zusammenarbeit verstärkt und eine gemeinsame Clearing-Stelle unter dem Dach der Antiterrorgruppe eingerichtet.

Trotz dieser Fortschritte bleibt die Gefahr akut, anhaltend und unberechenbar. Die EU-Kommission treibt daher Maßnahmen auf zwei Gebieten voran. Zum einen wollen wir Terroristen und Kriminellen den Handlungsspielraum nehmen und ihnen die benötigten Mittel wie Geld, Munition oder Bewegungsfreiheit verwehren. Hierzu zählen auch Maßnahmen zu Terrorprävention und Entradikalisierung. Zum anderen wollen wir unsere Widerstandskraft erhöhen, indem wir unsere IT-Systeme und zentrale Bereiche unserer Infrastruktur stärken. Dies gilt besonders für den Verkehrs- und Energiebereich und die Cybersicherheit, die zu oft ins Visier von Terroristen und Kriminellen geraten.

Die Verbesserung unserer Sicherheit ist eine langfristige Aufgabe, die unser aller Einsatz erfordert. Die Kommission wird mit Unterstützung der Mitgliedstaaten weiterhin daran arbeiten, eine wirkungsvolle und nachhaltige Sicherheitsunion aufzubauen.

Fabrice Leggeri
Exekutivdirektor der EU-Grenzschutzagentur Frontex



„Frontex braucht eine enge Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden“

Im Vergleich zu 2015 habe es eine deutliche Abnahme des Migrationsdrucks im östlichen Mittelmeer gegeben – das machte der Direktor der EU-Grenz- und Küstenschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, deutlich. Dies habe zu einer Entspannung in den Balkanländern geführt. Dennoch werde die Herausforderung der Flüchtlingsströme auch in diesem Jahr bleiben. Ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen sei deshalb von entscheidender Bedeutung, um die Sicherheit und Freizügigkeit in der EU zu gewährleisten. Mit Deutschland arbeite man eng zusammen.

Leggeri sprach auch über die Rückführung von Nichtbleibeberechtigten und das neue Mandat seiner Behörde. Zwar seien die Kompetenzen der EU-Grenzschutzagentur erweitert worden, allerdings: „Frontex braucht eine enge Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden.“ Das gelte neben dem Grenz- und Küstenschutz auch beim Thema Rückführungen. Auch hätten die jüngsten Ereignisse in Berlin gezeigt, wie wichtig Rückführungen von Drittstaatlern seien, wenn sie eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellten. Da das Mandat von Frontex erweitert wurde, könne die Grenzschutzagentur nun auch nationale Rückführungsmaßnahmen unterstützen.

Der Direktor der EU-Grenzschutzbehörde berichtete, dass die Schlepper immer skrupelloser arbeiteten: Vor einigen Jahren noch sollten die Migranten mindestens Malta erreichen können. Nun greife man kleine Schiffe auf mit mehr als 150 Migranten an Bord, ohne Benzin, Proviant oder Wasser. Mehr als 4.000 Menschen starben im Jahr 2016. Es wäre deshalb wünschenswert, dass sich illegale Migranten gar nicht erst auf den Weg über das Mittelmeer machten. „Wir brauchen mehr legale Wege“, erklärte der Frontex-Chef und verwies auf die Vorschläge der EU-Kommission sowie die EU-Türkei-Erklärung. Auffangzentren in Nordafrika könnten ebenfalls helfen, sie setzten allerdings einen starken politischen Willen auf EU-Ebene voraus.

Bruno Kahl
Präsident des Bundesnachrichtendienstes



„Anstrengungen und Wachsamkeit aller, die für die Sicherheit verantwortlich sind“

Gastbeitrag von Bruno Kahl

Auch 2017 bleiben die Themen Terrorismus und Migration die größten Herausforderungen für die Sicherheit Deutschlands. Die internationale Koalition gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) erringt zwar Erfolge im Irak und in Syrien. Aber die Verluste des IS an Kämpfern und an Territorien vermindern nicht seine Fähigkeit zu gezielten und sehr wirkungsvollen Terroranschlägen – weder in den umkämpften Gebieten, noch in vielen Regionen weltweit.

Leider bleiben Europa und hier insbesondere Deutschland, nach allem was wir wissen, ganz besonders im Fokus. Das erfordert äußerste Anstrengungen und Wachsamkeit aller, die für die Sicherheit unseres Landes verantwortlich sind. Wir brauchen – das zeigt nicht zuletzt der Fall Anis Amri – die reibungslose Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten im Inland, aber auch Kooperationen mit unseren Partnern im Ausland.

Dies gilt genauso, wenn wir dem Druck der transnationalen Migration auf Europa und hier vor allem auf Deutschland standhalten wollen. Wir müssen die Ursachen der Migration – Klimaveränderung, Armut und wirtschaftliche Stagnation – dabei genauso ernsthaft bekämpfen wie ihre kriminellen Ausprägungen innerhalb wie außerhalb Europas Grenzen: Schleuser, Menschenschmuggler, fehlende oder gar an den Verbrechen beteiligte Sicherheitskräfte in Transitstaaten, in denen wie in Libyen die staatliche Ordnung zusammengebrochen ist.

Auch hier bleibt die Politik angewiesen auf die effiziente Zusammenarbeit aller, die für unsere Sicherheit einstehen: Bundespolizei, Bundeswehr, Frontex und nicht zuletzt der Bundesnachrichtendienst, der für die Informationsgewinnung und das Lagebild verantwortlich ist – die Grundlage jeder verantwortungsvollen politischen Entscheidung.

Joachim Herrmann
Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr



„Die Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates“

2016 war auch für Bayern kein einfaches Jahr: die Anschläge von Ansbach und Würzburg, der Mord eines sogenannten Reichsbürgers an einem Polizisten, um nur einige Beispiele zu nennen. Der Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt sei dann aber bundesweit grausamer Höhepunkt gewesen, sagte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann bei der Klausurtagung in Kloster Seeon. Mittlerweile, so ergänzte Herrmann, habe man neben der Diskussion über die Flüchtlingszahlen auch eine Debatte um Sicherheitsfragen. „Wenn es um die Sicherheit in unserem Land geht, können die Bürger mit Recht erwarten, dass es Kernaufgabe des Staates ist, für diese zu sorgen“, betonte er. Auch wenn es hundertprozentige Sicherheit nicht gebe.

Herrmann machte deutlich: Mit der aktuellen Bedrohungslage gehen neue Herausforderungen einher. Denn Terrorismus und Kriminalität veränderten sich. Bayern sei seit vielen Jahren das sicherste Bundesland in Deutschland, weil es sich darauf einstelle.

Der Staatsminister nannte in Kloster Seeon verschiedene Punkte, die zu mehr Sicherheit in ganz Deutschland führten. „Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt“, so Herrmann gleich zu Beginn. Sichere Grenzen seien dafür Grundvoraussetzung. Zudem benötige es Schleierfahndungen, einen intensiveren europäischen Datenaustausch und die vollständige Registrierung in Transitzentren. Gleichzeitig seien die Möglichkeiten elektronischer Überwachung auszubauen. „Es ist wichtig, dass der Bund die elektronische Fußfessel für Gefährder in der Strafprozessordnung verankert“, so Herrmann, der sich außerdem für mehr Videoüberwachung aussprach. Er unterstrich zudem: „Wir brauchen eine starke Polizei.“

Aber das Thema Sicherheit, so machte Herrmann auch deutlich, dürfe nicht nur auf den Terrorismus reduziert werden, man müsse zum Beispiel auch den Wohnungseinbruchsdiebstahl und andere sicherheitsrelevante Bereiche im Blick behalten.

Norbert Lammert
Präsident des Deutschen Bundestages



„Wir wissen nicht, was uns im Laufe des Jahres 2017 noch erreicht“

Die Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus: Am letzten Tag der Klausurtagung war der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, in Seeon zu Gast. Im Mittelpunkt der Debatte stand der Parlamentarismus.

2016 war kein leichtes Jahr: Terrorismus, Brexit, Flüchtlinge. Aber auch 2017 werde nicht einfacher werden. „Wir wissen nicht, was uns im Laufe des Jahres 2017 noch erreicht“, machte Lammert zu Beginn seiner Ausführungen auf der Klausurtagung deutlich. Fest stehe jedoch: „Wir werden die Herausforderungen besser meistern, wenn wir das zusammen tun“, unterstrich der Präsident des Deutschen Bundestages. Zu diesen Herausforderungen gehöre beispielsweise die Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft. Heute bestreite keiner mehr, dass es Mindestanforderungen für ein Zusammenleben geben muss. Dazu gehöre insbesondere die deutsche Sprache als verbindliches Verständigungsmittel in der Gesellschaft, so Lammert.

Eine regelrechte Verrohung der Sprache sei indes in den sozialen Medien zu beobachten. Den richtigen Umgang mit der immer stärkeren Bedrohung, Beleidigung und Verleumdung von politischen Funktionsträgern in den sozialen Netzwerken stellte Lammert ebenfalls als eine Herausforderung für 2017 dar. Er machte deutlich, dass in Bezug auf die sozialen Medien ein etwaiger gesetzlicher Handlungsbedarf geprüft werden müsse.

Neben diesen Themen ging es in Seeon auch um die Möglichkeiten einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung und um eine mögliche Wahlrechtsreform. Lammert erklärte, dass er bis zum Ende seiner Amtszeit versuchen werde, eine entsprechende Reform durchzusetzen. Denn für ihn bestehe akuter Handlungsbedarf. Man dürfe die Explosionskraft der Debatte nicht unterschätzen – zumal aller Voraussicht nach im nächsten Bundestag auch die AfD sitzen werde. Deshalb müsse man alles versuchen, um vor der Wahl zu einer Lösung zu kommen.

Joe Kaeser
Vorstandsvorsitzender der Siemens AG



„Soziale Marktwirtschaft 2.0 muss inklusiv sein“

Um das digitale Zeitalter erfolgreich zu gestalten, sei eine „Koalition der Führung und Verantwortung“ erforderlich, sagte Joe Kaeser, der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG. „Wir alle müssen dieser Verantwortung gerecht werden! Sie, im Gespräch mit Wählern und bei der Gestaltung dessen, was gut ist für unser Land und die nächste Generation. Ich, im Dialog mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Kunden oder den Aktionären.“

Die Digitalisierung werde – neben Entwicklungen wie dem wachsenden Populismus, der globalen Migration, dem Klimawandel und dem Kurzfristdenken beispielsweise an den Finanzmärkten – enorme Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben.

Der Industrienation Deutschland böten sich durch die Digitalisierung und die Vierte Industrielle Revolution enorme Chancen. Um diese voll auszuschöpfen, müssten Unternehmen innovativ und mutig sein, aber auch anpassungsfähig und offen für Veränderung. Kaeser plädierte für deutlich stärkere Investitionen in Bildung und Infrastruktur. „Denn nur wer fit und gut informiert ist, hat das Selbstbewusstsein, die Veränderungen auch zu meistern.“

Auch der richtige ordnungspolitische Rahmen gäbe den Menschen die nötige Sicherheit. Kaeser sprach sich für eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft aus, für eine „Soziale Marktwirtschaft 2.0“. Dazu gehörten flexiblere Arbeitszeitmodelle, die Unterstützung von Startup-Unternehmern, auch eine stärkere Teilhabe an Firmen. Bei Siemens sind rund 153.000 Mitarbeiter Aktionäre des Unternehmens. „Diese Soziale Marktwirtschaft 2.0 muss inklusiv sein“, so Kaeser.

Von der Politik forderte der Siemens-Chef, dass Teilhabe von Mitarbeitern an Unternehmen gefördert wird. „Die für die Altersvorsorge angesparten Aktien und wiederangelegten Dividenden sollten steuerfrei gestellt werden.“ Für die Gegenfinanzierung schlug Kaeser vor, Gewinne aus Hedgefonds und dem Hochfrequenzhandel stärker zu besteuern, also „Gewinne aus Geschäften, die keinen gesellschaftlichen Wert schaffen.“

Heinrich Bedford-Strohm
Landesbischof von Bayern und Vorsitzender des Rates der EKD



„Die Menschenrechte haben christliche Wurzeln, sind aber als übergreifender Konsens Teil unserer Verfassung“

Zu später Stunde war der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm auf der Klausurtagung in Kloster Seeon zu Gast. Diskutiert wurde über aktuelle Themen, so zum Beispiel auch über die Flüchtlingssituation.

Bedford-Strohm machte deutlich, dass Deutschland hier in den letzten Monaten viel geleistet habe. Dabei werde allerdings der Kirche oft vorgeworfen, Gesinnungsethik anstatt Verantwortungsethik in den Mittelpunkt zu stellen. „Das ist falsch: Wir stellen Verantwortungsethik in den Mittelpunkt unseres Handelns.“ Wichtig sei jedoch die Frage, aus welcher Gesinnung heraus Verantwortung abgeleitet werde. Hierzu stellte Bedford-Strohm klar, dass es eine universale Verantwortung brauche und klar sei, dass Deutschland nicht die ganze Welt retten könne. „Unsere Möglichkeiten sind begrenzt“, so Bedford-Strohm. Daraus ergebe sich allerdings nicht der Umkehrschluss, man könne die moralischen Maßstäbe absenken. Vielmehr müsse ein Land in diesem Sinne sagen: „Wir wollen helfen, so gut wir können. Alles andere legen wir in Gottes Hand.“ Zweifelsohne, das unterstrich der EKD-Ratsvorsitzende, müssten die europäischen Grenzen geschützt und alle Menschen, die nach Deutschland kommen, auch erfasst werden. Außerdem müssten Integrationsanstrengungen vorangetrieben werden. Bedford-Strohm nahm den Begriff der Leitkultur in veränderter Form auf und sprach von einer ‚mensenrechtlichen Leitkultur‘: „Die Menschenrechte verdanken sich in hohem Maße christlichen Wurzeln. Als Teil unserer Verfassung sind sie aber übergreifender Konsens, der offen ist für unterschiedliche religiöse und weltanschauliche Überzeugungen. Alle Menschen, die zu uns kommen, müssen sich darauf einlassen.“

Beim Thema Islam machte Bedford-Strohm deutlich, dass man diesen nicht auf Fundamentalismus beschränken dürfe, es sei eine Differenzierung notwendig. Doch was ist seine Antwort auf den stärker werdenden Islam in Deutschland? „Die Kirchen müssen wieder voller werden. Die Muslime beten – und wir?“



Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
41. Klausurtagung in Kloster Seeon vom 4. bis 6. Januar 2017

Die Beschlüsse im Einzelnen



Beschluss: Sicherheit für unsere Freiheit

Der menschenverachtende Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche traf uns alle ins Mark. Mitten in der besinnlichen Weihnachtszeit wurden Menschen durch einen barbarischen Akt aus dem Leben gerissen. Dieser schlimmste islamistische Anschlag auf deutschem Boden ist ein beispielloser Angriff auf unsere offene Gesellschaft. Unsere Freiheit und unsere Art zu leben werden wir aber nicht aufgeben!

Die Gewährleistung von Sicherheit und Freiheit ist die vordringlichste Aufgabe eines funktionsfähigen Rechtsstaates und nur durch eine konsequente und geradlinige Politik zu erreichen. Wir setzen auf eine Politik, die nicht von Stellenabbau und Kürzungen geprägt ist, oder bei der pauschal datenschutzrechtliche Bedenken über effektive Maßnahmen im Kampf gegen Terror und Organisierte Kriminalität gestellt werden. Dies gilt umso mehr angesichts der gestiegenen Gefahren durch den islamistischen Terrorismus. In einigen Rot-Grün geführten Bundesländern wurde dagegen auf Laissez-faire statt auf Polizeiarbeit gesetzt, Personalabbau und Einsparungen standen auf der Tagesordnung. Die Geringschätzung von Polizisten und Sicherheitskräften ist in vielen Teilen Deutschlands fast schon salonfähig. Doch die jüngsten Ereignisse haben viele wachgerüttelt. Und so ist es ein großes Eingeständnis, wenn die, die früher Bayern als Polizei- und Überwachungsstaat verunglimpft haben, nun deutschlandweit nach mehr Polizisten rufen und den starken Rechtsstaat mit schlagkräftigen Befugnissen zurückwollen. Die CSU hat dies schon immer gefordert und ist damit wichtiger Impulsgeber für den Bund und die Länder. Die Ereignisse von Berlin und München haben deutlich vor Augen geführt, wie richtig dieser Ansatz ist.

Umfassende Kompetenzen und wirkungsvolle Sanktionen

Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Pauschal bei jeder Gesetzesverschärfung Datenschutzrechte oder Missbrauchsgefahren in den Fokus zu rücken, ist der falsche Ansatz. Die CSU-Landesgruppe legt ihr Augenmerk vielmehr auf die Opfer und darauf, dass alles Menschenmögliche für die Sicherheit und auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land getan wird – und das auf allen Ebenen:

Für sichere Grenzen

Wir setzen uns weiter für flankierende nationale Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Grenzen ein, dazu zählt:

- ◆ Die lückenlose Registrierung und standardmäßige Sicherheitsüberprüfung aller ankommenden Flüchtlinge bereits an der Grenze ist unerlässlich. Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt. Niemand darf sich den Behörden durch Mehrfachidentitäten entziehen! In Transitzentren müssen wir die Flüchtlinge anhalten, um ihre Identität festzustellen und zu prüfen, ob Sicherheitsbedenken bestehen. Soweit noch nicht geschehen, ist mit hoher Priorität eine nachträgliche Sicherheitsüberprüfung durchzuführen. Ein funktionierender europaweiter Datenaustausch ist dafür wichtige Voraussetzung. Wenn sich einzelne EU-Mitgliedstaaten weigern, den automatisierten Zugriff auf DNA- und Fingerabdruckdaten allen Sicherheitsbehörden zu ermöglichen, muss dies sanktioniert werden. Wir fordern zudem den Aufbau eines Europäischen Kriminalaktennachweises von Polizei- und Sicherheitsbehörden, damit europaweit abgefragt werden kann, ob polizeiliche Akten oder Hinweise über die Gefährlichkeit einer Person vorliegen. Es ist dringend erforderlich, durch Erweiterung des EU-Strafregisters Informationen über Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen in einem anderen Mitgliedstaat zu erhalten, ohne Auskunftsersuchen an alle Mitgliedstaaten zu richten. Freiburg darf sich nicht wiederholen.
- ◆ Zur Erfassung von Reisebewegungen von Terroristen ist die EU-Richtlinie zur Speicherung von Flugpassdaten zügig in deutsches Recht umzusetzen. Das Europäische Ein- und Ausreiseregister muss rasch verabschiedet werden, um illegalen Einreisen bzw. Aufenthalt (sog. overstay) vorzubeugen.
- ◆ Bayern setzt seit jeher offensiv auf die Schleierfahndung. Zudem gibt es bereits gelungene Kooperationen zu länderübergreifenden Schwerpunktkontrollen. Dass sich ein Flächenstaat wie Nordrhein-Westfalen angesichts seiner Außengrenzen zu Belgien und den Niederlanden immer noch beharrlich weigert, rechtliche Grundlagen für die Schleierfahndung zu schaffen, stellt ein Sicherheitsproblem dar, das Rot-Grün zu verantworten hat!
- ◆ Die Polizei muss in der Lage sein, durch Kennzeichenlesesysteme auch im fließenden Verkehr Fahndungen durchzuführen und so Gefahren durch grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus gezielter abzuwehren. Dem Beispiel Bayerns und des Bundes müssen nun alle Länder folgen.

Für eine sichere Demokratie und einen sicheren Rechtsstaat

Wir zeigen null Toleranz gegenüber denjenigen, die unsere Demokratie oder unseren Rechtsstaat in Frage stellen. Islamistischen Terror genauso wie politischen Terrorismus von links und von rechts müssen wir bereits an der Wurzel packen und mit der ganzen Härte des Rechtsstaats bekämpfen.

- ◆ Anwerbung frühzeitig stoppen: Hassprediger und die Finanzierung von Moscheen durch extremistische Organisationen leisten radikalen Strukturen Vorschub. Der Verfassungsschutz hat schon lange davor gewarnt, dass einige Moscheen eine herausragende Rolle bei der Radikalisierung von Islamisten spielen. Wir fordern endlich mehr Transparenz hinsichtlich der Prediger und darüber, welche Inhalte vermittelt werden. Zudem verlangen wir die Offenlegung ihrer Finanzquellen, um Missbrauch und gezielte Steuerung zu verhindern. Die zuständigen Behörden müssen mit Vereinsverboten härter und konsequenter reagieren, damit radikale Ideologien nicht unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit weiter verbreitet werden oder Terroristen dort einen Schutzraum finden. Wir sind eine wehrhafte Demokratie! Es ist nicht hinnehmbar, dass in Deutschland straflos für in- und ausländische Terrororganisationen und kriminelle Vereinigungen geworben werden darf. Die unter Rot-Grün abgeschaffte Strafbarkeit der Sympathiewerbung für kriminelle bzw. terroristische Vereinigungen muss umgehend zum Schutz unserer Bürger wieder eingeführt werden. Aufgrund der aktuellen Bedrohungslage ist die Weigerung unseres Koalitionspartners, diesen schweren Fehler endlich zu korrigieren, unverantwortlich!
- ◆ Anzeichen frühzeitig erkennen: Die Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten im Kampf gegen Terror muss weiter verbessert werden. Dazu zählt auch die Vernetzung ihrer jeweiligen Datenbanken. Das Frühwarnsystem durch das Gemeinsame Terrorzentrum ist weiter zu stärken, damit wir Gefährder im Visier behalten. Daneben müssen wir das Umfeld von Gefährdern sensibilisieren: Schulen, Polizei, Jugend- und Sozialarbeit, aber auch Ehrenamtliche und Flüchtlinge in den Unterkünften bilden hier eine wichtige Schnittstelle. Radikalisierung beginnt oft schon in jungen Jahren. Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern müssen daher altersunabhängig tätig werden dürfen.
- ◆ Konsequenz gegen Gefährder vorgehen: Wer unseren Staat ablehnt und diesen gewaltsam bekämpft, gehört nicht zu uns. Extremisten, die neben ihrer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, müssen die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, wenn sie sich für den Dschihad ausbilden lassen oder im Ausland für eine Terrororganisation kämpfen. Die SPD muss ihren Widerstand endlich aufgeben! Schon die Vorbereitung terroristischer Anschläge muss durch Anhebung der Mindeststrafe härter bestraft werden. Verurteilte Extremisten wollen wir umfassender durch elektronische Fußfesseln überwachen. Präventiv können u.a. Meldeauflagen die Überwachung von Gefährdern erleichtern. Wer unseren Staat bedroht, hat sein Gastrecht verwirkt! Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam müssen verschärft werden. Wir brauchen einen neuen Haftgrund für Gefährder. Der Ausreisegewahrsam muss auf vier Wochen verlängert werden. Gleichzeitig sind Vollzugsdefizite dringend zu beheben, alle ausländerrechtlichen Möglichkeiten müssen konsequent ausgeschöpft werden. Sicherheitsbehörden und Ausländerbehörden müssen dabei noch enger Hand in Hand arbeiten, um Gefährder außer Landes zu bringen.

- ◆ Gewaltmonopol des Staates: Wir dulden weder Scharia-Polizei noch Paralleljustiz durch kriminelle Clans, die ihre eigenen Regeln über unsere Gesetze stellen. Diese leisten nicht nur der Kriminalisierung, sondern durch eine Entfremdung vom Rechtsstaat auch der Radikalisierung erheblich Vorschub. Hiergegen werden wir mit allen rechtstaatlichen Mitteln vorgehen.
- ◆ Effektive Strafverfolgung: nur durch effektive Strafverfolgung und angemessene Strafen stärken wir die Sicherheit unserer Bürger und dadurch das Vertrauen in den Rechtsstaat. Wir brauchen hierzu noch wirksamere Sanktionsmöglichkeiten und Strafen sowie konsequente Ausweisung und Abschiebung bei straffälligen Ausländern und Gefährdern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass in Strafprozessen gegen Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) das Erwachsenenstrafrecht zur Regelanwendung kommt und nicht das Jugendstrafrecht.

Für einen sicheren öffentlichen Raum

Wir dürfen es nicht zulassen, dass ganze Stadtgebiete in Deutschland zu No-Go-Areas verkommen oder sich Frauen nur noch mit Pfefferspray auf die Straße trauen. Auch die gestiegene Zahl an kleinen Wafenscheinen zeigt die zunehmende Verunsicherung. Wir wollen alles Menschenmögliche tun, um den öffentlichen Raum sicherer zu machen:

- ◆ Es darf nicht sein, dass unsere Ermittler auf zufällig gefilmte Privatvideos bei der Aufklärung von Straftaten angewiesen sind. Wir weiten die Möglichkeiten zur Videoüberwachung aus, u.a. in Bahnhöfen, Einkaufszentren und Sportstätten. Dies dient auch der Abschreckung und erhöht damit das Sicherheitsgefühl der Bürger. Die Ankündigung von Rot-Rot-Grün, selbst nach dem verheerenden Anschlag in Berlin nicht stärker auf öffentlichen Plätzen Videotechnik einzusetzen, ist verantwortungslos.
- ◆ Wir wollen unsere technischen Fähigkeiten z.B. im Bereich der Biometrie weiterentwickeln. Gesichtserkennungssysteme sollen künftig zur Identifizierung von Personen genutzt werden können. Ferner ist zu prüfen, wie die Auswertungsmöglichkeiten von DNA praxismäßig fortentwickelt werden können, etwa auf äußere Körpermerkmale wie Haar- und Augenfarbe, Alter und Herkunft. Auch die Möglichkeiten für Erhebung, Speicherung und Recherche von DNA-Profilen müssen erweitert werden. So können wir Menschen eindeutiger und schneller identifizieren.
- ◆ Daneben muss über weitere Maßnahmen zum Schutz unserer Innenstädte und von Großveranstaltungen (z.B. durch abgestimmte Sicherheitskonzepte, Einlasskontrollen, Zäune und Poller) nachgedacht werden.

- ◆ Wer unsere Sicherheit auf öffentlichen Straßen durch illegale Straßenrennen mutwillig gefährdet, handelt grob verkehrswidrig und rücksichtslos. Angesichts des Gefährdungspotentials brauchen wir einen neuen Straftatbestand und sorgen damit auch für die notwendige abschreckende Wirkung.

Für ein sicheres Zuhause

Der sprunghafte Anstieg der Wohnungseinbruchskriminalität ist besorgniserregend. International agierende Banden halten ganze Regionen in Atem. Wir fordern schon lange eine härtere Bestrafung des Wohnungseinbruchsdiebstahls mit einer Mindeststrafe von einem Jahr, mit der eine Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit unmöglich wird. Wir müssen mit den internationalen Banden auch in technischer Hinsicht Schritt halten: Bei Wohnungseinbrüchen muss daher generell Telekommunikationsüberwachung und Verkehrsdatenerhebung möglich sein. Nur so gelingt es uns, die niedrigen Aufklärungsquoten signifikant zu erhöhen. Zudem soll das Bundeskriminalamt durch Lageanalysen und technische Unterstützung den Ländern bei der Bekämpfung und Aufklärung noch stärker zur Seite stehen.

Für ein sicheres Netz

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Der technische Fortschritt bietet Straftätern aber Möglichkeiten, unbehelligt durch unsere Ermittlungsbehörden tätig zu werden. Dieses Defizit müssen wir dringend beheben, damit die Chancen der Digitalisierung nicht Terroristen und Straftätern zugutekommen.

- ◆ Die CSU-Landesgruppe tritt für den einen praxisgerechten Ausbau der Verkehrsdatenspeicherung ein: Dies bedeutet eine Erweiterung auf den E-Mail-Verkehr und sonstige Kommunikationsdienste (WhatsApp, Skype) und eine Verlängerung der Speicherfrist. Zudem müssen die Zugriffsmöglichkeiten erweitert werden. Eine Ausweitung des Straftatenkatalogs, u.a. auf Terrorismusfinanzierung, Zuhälterei und Wohnungseinbruchsdiebstahl ist unerlässlich. Es muss auch unseren Nachrichtendiensten unter klar definierten Voraussetzungen erlaubt sein, auf die gespeicherten Verkehrsdaten zugreifen zu können.
- ◆ Der für die Sicherheitsbehörden auswertbare Anteil der Kommunikation nimmt immer weiter ab. Laut BKA erfolgt nur noch weniger als 15% der Kommunikation unverschlüsselt. Die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die sogenannte Quellen-TKÜ, die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt, auf die zu überwachende Kommunikation vor Verschlüsselung zuzugreifen, ist daher längst überfällig! Zudem müssen die rechtlichen Voraussetzungen für die Online-Durchsuchung geschaffen werden.

- ◆ Das Darknet, in dem Nutzer anonym illegale Geschäfte abwickeln können, müssen wir besser überwachen, z.B. durch Einsatz von Internet-Polizisten auf der Ebene des Bundes und der Länder sowie Verdeckten Ermittlern. Entsprechendes gilt auch für Onlineforen und soziale Medien, in denen gezieltes Bloßstellen und Beleidigen sowie sexuelle Kriminalität vor allem gegenüber Kindern und Jugendlichen stark zugenommen haben. Insbesondere fordern wir schärfere Strafen für Cybermobbing, z.B. durch die Schaffung eines besonders schweren Falls für Beleidigungen in sozialen Netzwerken und damit vor einer nahezu unbegrenzten Öffentlichkeit.
- ◆ Wir werden nicht tolerieren, dass die Freiheit des Internet gezielt zur Werbung für islamistischen Extremismus und Terrorismus missbraucht wird. Solche Taten werden wir konsequent verfolgen und, wo erforderlich, Strafbarkeitslücken schließen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich ferner dafür ein, dass die Betreiber von sozialen Medien (z.B. Facebook) und sonstigen Kommunikationsdiensten (z.B. Twitter) ihrer Verantwortung nachkommen und eine Weiterverbreitung von strafbaren (z.B. gewaltverherrlichenden und extremistischen) Inhalten effektiv unterbinden. Sofern die Betreiber ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, muss dies auch sanktioniert werden können.

Wir lassen die, die uns beschützen, nicht im Stich

Wir sind stolz auf die Leistung unserer Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Terrorismus und Verbrechen. Ihnen gilt unser besonderer Dank für ihren Einsatz in diesen schwierigen Zeiten. Unsere Wertschätzung zeigen wir Polizei und Justiz dadurch, dass wir ihnen optimale Bedingungen für ihre tägliche Arbeit bieten wollen:

- ◆ Mehr Personal und moderne Ausstattung: Nur ein kontinuierlicher Personalaufwuchs kann zu deutlich mehr Präsenz und zur effektiveren Aufklärung von Straftaten beitragen. Bayern hat allein im Jahr 2016 1.500 neue Polizisten eingestellt. Um den neuen, vielfältigen Herausforderungen zu begegnen, brauchen wir zudem eine bessere Spezialisierung der Polizeikräfte (z.B. durch besonders geschulte Ermittler im Internet oder Experten im Bereich der salafistischen und islamistischen Szene). Durch modernste Technik müssen wir unsere Sicherheitskräfte in die Lage versetzen, umfassend und schnell von ihren rechtlichen Befugnissen Gebrauch machen zu können. Dazu gehören mobile Geräte genauso wie moderne Dienstwaffen und gepanzerte Fahrzeuge.
- ◆ Besserer Schutz für unsere Beschützer: Dass gewalttätige Angriffe auf Polizisten, Justizbeamte, andere öffentliche Bedienstete (z.B. Mitarbeiter im Jobcenter oder der Ausländerbehörden) und Rettungskräfte nicht schon längst stärker bestraft werden können, scheiterte bisher am Widerstand der SPD. Daneben fordern wir weitere Maßnahmen wie den Einsatz von Körperkameras (Bodycams). Diese dienen nicht nur der Sicherung von Beweismaterial, sondern erhöhen auch die Hemmschwelle gegenüber Angriffen.

- ◆ Stärkung der Justiz: Noch so gute Polizeiarbeit ist aber Makulatur, wenn es an einer schnellen und konsequenten Rechtsprechung fehlt. Daher brauchen wir auch eine personelle Stärkung der Justiz und des Justizvollzugs. Bayern geht hier mit gutem Beispiel voran und hat allein in den vergangenen vier Jahren, auch in Reaktion auf den Flüchtlingszustrom, mehrere hundert neue Stellen geschaffen. Wir appellieren an die Länder, diesem Beispiel zu folgen und nicht an der falschen Stelle zu sparen! Außerdem sollten angesichts der neuen Herausforderungen Kompetenz und Schlagkraft gebündelt werden, wie durch die Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus bei der Generalstaatsanwaltschaft München.
- ◆ Bundeswehreinsatz im Inneren: Unsere Polizei muss so ausgestattet werden, dass sie schwer bewaffnete Terroristen stoppen kann. Auf Anforderung und unter ihrer Führung soll sie über die bestehenden Einsatzmöglichkeiten hinaus auch Unterstützung durch die Bundeswehr erhalten, z.B. bei Terroranschlägen oder zur Grenzsicherung. Das Grundgesetz muss dafür geändert werden.



Beschluss: Deutschland nicht überfordern – Zuwanderung begrenzen

Die Herausforderungen von Flucht und illegaler Migration werden bleiben. Auch wenn der Weg über Ägäis und Balkan weitgehend geschlossen scheint, kommen über die zentrale Mittelmeerroute weiterhin tausende Menschen in Europa an. Krieg und Verfolgung, Klimaveränderungen, Armut und der rasante Bevölkerungsanstieg in vielen Regionen werden den Migrationsdruck eher noch ansteigen lassen. Es gibt daher keinen Grund für eine Entwarnung. Die Integrationsfähigkeit Europas und Deutschlands ist aber wie die eines jeden Landes begrenzt. Aus unserer christlichen Überzeugung heraus sind wir bereit, unseren Beitrag für eine humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen mit einer Obergrenze zu leisten. Auch die EU-Kommission erkennt mit ihrem Vorschlag für eine Reform des Dublin-Systems nationale Belastungsgrenzen bei der Aufnahme von Flüchtlingen an.

Für die CSU-Landesgruppe heißt dies: Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft darf nicht gefährdet werden. Nicht jeder, der Sorgen und Bedenken im Hinblick auf die hohen Flüchtlingszahlen äußert, ist gegen Flüchtlinge oder ein Rechtspopulist. Flüchtlinge dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden - in vielen Fällen sind gerade sie Opfer von Terror und Gewalt. Gleichzeitig dürfen wir aber nicht die Augen davor verschließen, dass durch den Zustrom Hunderttausender die Herausforderung für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, gestiegen ist. Die Akzeptanz für das deutsche Asylsystem und die Integrationsfähigkeit unseres Landes sichern wir nur, wenn wir für die Sicherheit unserer Bürger garantieren und eine effektive Steuerung und Begrenzung der Flüchtlingszahlen erreichen.

Der von uns hierzu verfolgte Ansatz setzt ein ganzes Maßnahmenbündel voraus, bestehend aus der effektiven Sicherung der EU-Außengrenzen und der deutschen Grenzen, beschleunigten Asylverfahren, der konsequenten Rückführung von Nichtbleibeberechtigten sowie der Bekämpfung von Fluchtursachen und Schleuserkriminalität. Wir müssen diesen Weg nun konsequent weiter gehen.

Unsere Grenzen müssen sicher bleiben

Nur mit sicheren EU-Außengrenzen hat Schengen eine Zukunft. Sichere EU-Außengrenzen heißt aber, dass wir entscheiden, wer nach Europa kommt, und nicht die Schlepper. Wir begrüßen die Verstärkung des Einsatzes der EU-Grenzschutzagentur Frontex, um der illegalen Migration auf dem Seeweg in Nordafrika Einhalt zu gebieten. Ein verbesserter Europäischer Grenz- und Küstenschutz darf aber nicht Teil des Geschäftsmodells der Menschenhändler werden, indem die Schlepper gerade darauf setzen,

dass Frontex oder die Marineschiffe der EU-Staaten Flüchtlinge von seeuntüchtigen Booten in Empfang nehmen. Mit dem EU-Türkei-Abkommen haben wir dies in der Ägäis deutlich erschwert. Wir wollen umgehend auch auf der zentralen Mittelmeerroute den Automatismus durchbrechen, dass alle geretteten Menschen nach Europa gebracht werden. Wir Europäer werden weiter alles dafür tun, um jedes Menschenleben zu retten. Im Verbund mit anderen europäischen Ländern wollen wir entsprechende Kooperationen mit afrikanischen Staaten wie etwa Ägypten oder Tunesien erreichen, damit die geretteten Personen an sichere Einrichtungen in Nordafrika gebracht werden können, an denen unter Beteiligung des UNHCR eine Grundversorgung gewährleistet wird. Nur so legen wir der organisierten Kriminalität auf dem Mittelmeer das Handwerk! Durch geeignete Vereinbarungen müssen wir die betroffenen nordafrikanischen Länder dabei unterstützen, ihren Beitrag zu leisten, gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und Schleuser vorzugehen.

Nur sichere EU-Außengrenzen erlauben uns, auf Binnengrenzkontrollen zu verzichten. Bis zum Aufbau eines effektiven europäischen Außengrenzschatzes brauchen wir wirksame Einreise- und Grenzkontrollen an der deutschen Grenze. Dies darf nicht nur für die bayerisch-österreichische Grenze gelten. Ziel muss die effektive Kontrolle aller illegalen Grenzübertritte nach Deutschland sein. Das bayerische Modell der Unterstützung der Bundespolizei durch die Landespolizei ist daher auf andere Grenzen in anderen Bundesländern auszuweiten. Zudem sollen künftig auch Beamte der Zollverwaltung verstärkt im Rahmen von Verbundkontrollen zusammen mit der Bundespolizei bei Grenzkontrollmaßnahmen eingesetzt werden können.

Wir müssen wissen, wer zu uns kommt

Zur Souveränität eines Staates gehört es zu wissen, wer sich in seinem Staatsgebiet aufhält. Die CSU-Landesgruppe hat daher schon immer die lückenlose Registrierung und standardmäßige Sicherheitsüberprüfung aller Flüchtlinge gefordert. Die Mehrzahl der Asylantragsteller ohne Papiere und Identitätsfeststellung einreisen zu lassen, käme einem Kontrollverlust gleich. Wir dürfen nicht zulassen, dass Personen wie der Täter von Berlin mit Mehrfachidentität durch Europa reisen und sich dem Zugriff der Behörden entziehen. Es muss daher bereits an der Grenze von zentraler Stelle aus eine effektive Identitäts- und Sicherheitsüberprüfung erfolgen. Wer keinen Pass vorlegt oder sonst seine Identität nicht belegen kann, muss an den deutschen Grenzen festgehalten und dort in Transitzentren bis zur Klärung seiner Identität (d.h. Herkunft, Staatsangehörigkeit, Alter u.a.) und seiner erkennungsdienstlichen Behandlung verbleiben. So unterscheiden wir von Anfang an zwischen Menschen mit und ohne Identität – das bewusste Vernichten von Ausweispapieren darf sich nicht lohnen!

Bereits anerkannte Asylbewerber müssen mit hoher Priorität einer nachträglichen Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden, insbesondere dann, wenn die Anerkennung im schriftlichen Verfahren erfolgt ist. Eine effektive Sicherheitsüberprüfung setzt voraus, dass die Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten umfassenden Zugriff auf die EU-Datenbank zur Identifizierung von Asylbewerbern (Eurodac) und auf das noch zu schaffende elektronische EU-Ein- und Ausreiseregister haben.

Auch der europaweite Informationsaustausch bezüglich früherer Verurteilungen und strafrechtlichen Ermittlungen muss lückenlos gewährleistet sein. Darüber hinaus fordern wir, dass die Nachrichtendienste systematisch bei der Sicherheitsüberprüfung von Asylbewerbern eingebunden werden.

Wir wollen Asylverfahren beschleunigen und optimieren

Es ist der falsche Weg, zunächst alle Personen für viele Monate aufzunehmen, um dann die vielen Nichtbleibeberechtigten unter großem Aufwand zurückführen zu wollen. Die Unterscheidung von Schutzbedürftigen und Nichtschutzbedürftigen muss so früh wie möglich erfolgen. Die CSU-Landesgruppe bekräftigt daher ihre Forderung nach der Schaffung von Transitzentren an der Grenze. Dort sollen neben der Identitäts- und Sicherheitsprüfung künftig auch beschleunigte Asylverfahren einschließlich Rechtsmittelverfahren für bestimmte Gruppen von Asylbewerbern durchgeführt werden, bei denen die Unzulässigkeit oder Unbegründetheit ihres Asylbegehrens offensichtlich ist (wie z.B. aus sicheren Herkunftsländern oder Dublin-Fälle). Vorhandene Strukturen der BAMF-Außenstellen sollen hierfür genutzt werden. Ein solches Transitverfahren an der deutschen Grenze kann damit auch beispielgebend für ein vergleichbares System an den EU-Außengrenzen sein: Ziel ist es, direkt an den EU-Außengrenzen Asylverfahren durchzuführen, um Menschen ohne Bleiberecht unmittelbar von dort zurückzuführen und Menschen mit Bleiberecht gerecht unter den EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. In diesem Sinne werden wir auch die Reform der Dublin-Verordnung konstruktiv begleiten.

Darüber hinaus fordern wir:

- ◆ Die CSU-Landesgruppe fordert die Grünen auf, endlich ihren Widerstand im Bundesrat gegenüber der Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten aufzugeben. Neben der Beschleunigung der Verfahren erzeugen wir damit auch die notwendige Signalwirkung, dass sich Asylverfahren mangels Aussicht in Deutschland nicht lohnen!
- ◆ Vielfach wissen Asylsuchende nichts über den Ablauf des Asylverfahrens oder haben durch Fantasiegeschichten von Schleusern illusorische Vorstellungen hinsichtlich ihres Bleiberechts. Um eine teure Einzelrechtsberatung durch Fachanwälte zu vermeiden, sind daher die Schutzsuchenden zunächst in verpflichtenden Informationsveranstaltungen in ihrer Muttersprache über Aussichten des Asylverfahrens sowie mögliche Rückkehrprogramme zu beraten. Die Teilnahme an Informationsveranstaltungen sollte zur Voraussetzung für die Gewährung von Prozesskostenhilfe gemacht werden.
- ◆ Menschen ohne Bleibeperspektive haben oftmals kein Interesse an beschleunigten Asylverfahren. Ein bewusstes Verschleppen zahlt sich sogar noch aus. Das BAMF muss aber Herrin des Verfahrens bleiben. Nimmt ein Antragsteller seinen Anhörungstermin schuldhaft nicht wahr, muss dies zur Unzulässigkeit des Asylantrages führen. Entscheidungen im schriftlichen Verfahren oder nach Aktenlage darf es nicht geben!

- ◆ Asylverfahren werden zudem durch Identitätstäuschung und falsche Angaben häufig verschleppt oder erheblich erschwert. Wer bewusst nicht am Verfahren mitwirkt oder die Behörden irreführt, offenbart damit, dass er kein Interesse an einer zügigen Prüfung seines Asylbegehrens hat. Selbst verursachte Verfahrenshindernisse müssen daher zur Ablehnung des Asylantrages führen. Neben den bereits gesetzlich geregelten Fällen muss dies künftig auch dann gelten, wenn sich der Antragsteller weigert, an der Beschaffung eines Identitätsnachweises mitzuwirken oder erkennungsdienstliche Maßnahmen zu dulden.
- ◆ Die unterschiedliche Behandlung von Kindern und Jugendlichen im Asylverfahren ist grundsätzlich gerechtfertigt. Allerdings passt die pauschale Gewährung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe häufig nicht zu den oft völlig anderen Bedarfen unbegleiteter Minderjähriger. Inhalt und Umfang der Jugendhilfeleistungen sind vielfach zu hoch angesetzt. Dies führt nach wie vor bei vielen Kommunen und den Ländern zu erheblichen organisatorischen und finanziellen Belastungen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher weiterhin nachdrücklich dafür ein, dass Länder und Kommunen endlich die erforderlichen Ermessensspielräume im SGB VIII erhalten. Außerdem müssen wir sicherstellen, dass nur wirklich Minderjährige Jugendhilfeleistungen erhalten. Bei begründeten Zweifeln muss standardmäßig das Alter durch geeignete Untersuchungen festgestellt werden.

Darüber hinaus arbeiten wir an einer europaweiten Vereinheitlichung von Asylverfahren – einschließlich einer Harmonisierung der Sozialstandards. Dazu zählen die gemeinsame Liste sicherer Herkunftsstaaten genauso wie einheitliche Standards bei der Versorgung und Unterbringung von Asylbewerbern. Nur so erreichen wir eine kohärente Anerkennungspraxis und verhindern Fehlanreize mit der Folge, dass Deutschland dauerhaft Hauptzielland in Europa bleibt. Nicht die Flüchtlinge dürfen entscheiden, wo sie Schutz bekommen, sondern die EU-Staaten müssen die Verteilung gemeinsam festlegen und verbindlich steuern. Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Um unseren Beitrag hieran durch Aufnahme, Versorgung und Integration von Schutzbedürftigen auch künftig leisten zu können und die Funktionsfähigkeit unseres Asylsystems nicht zu gefährden, bedarf es der Festlegung einer Obergrenze.

Menschen ohne Bleiberecht müssen unser Land wieder verlassen

Das Jahr 2017 muss im Zeichen der Rückführungen stehen. Nach den immensen Anstrengungen bei Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Hunderttausenden Menschen in den letzten beiden Jahren kommt es nun darauf an, dass alle Personen ohne Bleiberecht zügig unser Land wieder verlassen. Hier erwarten wir eine gemeinsame Kraftanstrengung der Länder und des Bundes. Der Rückführungsaktion in Umsetzung der Kooperationsvereinbarung des Bundes mit Afghanistan müssen weitere folgen. Wir begrüßen auch die Pläne zur Einrichtung eines gemeinsamen Zentrums zur Unterstützung der Rückkehr von Bund und Ländern. Wir haben das BAMF zur Beschleunigung der Asylverfahren deutlich gestärkt. Nun müssen vergleichbare Anstrengungen der Länder zur Stärkung der Ausländerbehörden folgen, um die große Anzahl der Rückführungen zu bewältigen.

Angesichts der zahlreichen abgelehnten Asylbewerber haben die großzügige Duldungspraxis oder der weitgehende Verzicht auf Abschiebungen in einigen Bundesländern drastische Auswirkungen. Der mangelnde Rechtsvollzug gefährdet nicht nur die Akzeptanz des Rechtsstaates, sondern ist auch Anreiz für Menschen in den Herkunfts- und Transitländern, gezielt nach Deutschland zu kommen. Dass Bundesländer ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, darf nicht folgenlos bleiben. Die Rückführungsquoten der Länder inklusive Anzahl und Gründe für nicht erfolgte Abschiebungen müssen künftig monatlich veröffentlicht werden. Wenn sich bestimmte Länder weiterhin weigern, geltendes Recht zu vollziehen, ist die Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten gegenüber diesen Ländern zu kürzen. Dies muss erst Recht gelten, wenn Länder die Missachtung geltenden Rechts sogar noch ankündigen.

Abschiebungen müssen wir weiter erleichtern

- ◆ Duldungen werden zu großzügig gewährt. Wer über seine Identität täuscht oder wessen Herkunftsstaat keinen Passersatz ausstellt, darf zukünftig keine Duldung mehr erhalten, sondern nur noch eine Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht.
- ◆ Die Feststellung medizinischer Abschiebehindernisse soll grundsätzlich nur noch durch Amtsärzte erfolgen können. Parallel dazu sollte ein amtsärztlicher Bereitschaftsdienst geschaffen werden, um den Vollzug von Abschiebungen an Flughäfen zu erleichtern.
- ◆ Zielstaatsbezogene Abschiebehindernisse müssen verringert werden. Herkunftsstaaten haben eine völkerrechtliche Pflicht zur Rücknahme eigener Staatsangehöriger! Die CSU-Landesgruppe drängt darauf, dass auf Ebene des Bundes und der EU die Bemühungen verstärkt werden, die dringend erforderlichen Abkommen mit den Herkunftsstaaten zu schließen. Darin müssen deren Mitwirkungspflichten, etwa bei der Passbeschaffung oder der Akzeptanz eines Passersatzes (vgl. sog. EU-Laissez-Passer) als Heimreisedokument, konkretisiert und Verfahrensfragen schnellstmöglich geklärt werden.
- ◆ Straffällige Ausländer und Gefährder müssen wir konsequenter und schneller ausweisen und abschieben. Vollzugsdefizite sind zu beseitigen, alle ausländerrechtlichen Möglichkeiten müssen konsequent ausgeschöpft werden. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwieweit das Ausweisungsrecht weiter verschärft werden kann.
- ◆ Abschiebungen von ausreisepflichtigen Ausländern, die straffällig geworden oder als Gefährder einzustufen sind, sind prioritär vorzunehmen. Wir fordern einen neuen Haftgrund bei der Abschiebehafte für Ausreisepflichtige, die straffällig geworden sind oder die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen. Die Anordnung eines Ausreisegewahrsams muss bis zu vier Wochen möglich sein.

Anreize für freiwillige Rückkehr schaffen

Wir wollen daneben verstärkt Anreize für freiwillige Rückkehrer schaffen, z.B. durch eine Rückkehrprämie. Mit geringerem finanziellen Aufwand als bei einer zwangsweisen Abschiebung wollen wir die Rückkehrbereitschaft von Menschen ohne Bleiberecht erhöhen: Dabei soll die finanzielle Unterstützung umso höher sein, je früher jemand freiwillig zurückkehrt. Dieses System funktioniert aber nur, wenn wir gleichzeitig auch die zwangsweise Abschiebung konsequent durchsetzen. Auch dürfen durch Rückkehrhilfen keine neuen Migrationsanreize geschaffen werden.

Asylrecht ist Recht auf Zeit

Die Anerkennung als Schutzbedürftiger ist nur zeitlich begrenzt. Das Recht auf Familiennachzug kann aus einem vorübergehenden Schutzstatus nicht notwendigerweise abgeleitet werden. Der Familiennachzug ist daher dort aufzuheben, wo er europa- und verfassungsrechtlich nicht vorgeschrieben ist, vor allem bei subsidiär Schutzberechtigten. Die CSU-Landesgruppe setzt sich angesichts des nach wie vor hohen Migrationsdrucks dafür ein, dass die Aussetzung des Familiennachzugs bei subsidiär Schutzberechtigten über 2018 hinaus verlängert wird. Für eine weitergehende Einschränkung des Familiennachzugs ist zwingend eine Änderung des EU-Rechts angezeigt. Diese Entlastung ist für unsere Kommunen von großer Bedeutung.

Nach dem Ende der Feindseligkeiten sollten Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Sie werden dringend zum Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft gebraucht. Der Schutzstatus muss durch das BAMF daher anlassbezogen und in regelmäßigen Abständen überprüft und bei Wegfall des Anerkennungsgrundes widerrufen werden.

Schutzberechtigte Ausländer, die in ihren Herkunftsstaat zurückkehren, verwirken ihren Asylstatus. Das zwingend einzuleitende Widerrufsverfahren setzt voraus, dass das BAMF hiervon Kenntnis erlangt. Dafür brauchen wir einen systematischen Informationsaustausch zwischen den Ausländerbehörden, dem BAMF, den Jobcentern und Meldebehörden.

Effektive Fluchtursachenbekämpfung – Hilfe zur Selbsthilfe

Entscheidend ist es, die Probleme an der Wurzel zu packen. Dies bedeutet, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in den Herkunfts- und Transitländern durch Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu verbessern und ihnen eine Perspektive vor Ort zu geben. Gleichzeitig müssen wir Terrorismus, Schleuserkriminalität und Menschenhandel in diesen Ländern konsequent bekämpfen.

Deutschland übernimmt nicht nur für die Notversorgung als einer der größten Beitragszahler etwa an das Welternährungsprogramm große Verantwortung. Über die Entwicklungszusammenarbeit werden langfristige Strukturen in Bildung, Gesundheit, Wirtschaftsentwicklung, Ernährungssicherung und Regierungsführung aufgebaut. Zudem ist Deutschland entschlossen, gemeinsam mit seinen Partnern gegen Terrorismus in den betroffenen Regionen vorzugehen. Wir begrüßen darüber hinaus den Aufbau von EU-Migrationspartnerschaften und das Engagement der Bundesregierung, insbesondere der Entwicklungszusammenarbeit in den Schwerpunktpartnerschaften mit Niger und Mali. Staaten ist vor allem dann Hilfe zu gewähren, wenn der nachhaltige Wille zu Reformen und umfassender Kooperation erkennbar wird. Dazu gehört u.a. die Bereitschaft zur Rückübernahme von illegalen Migranten ebenso wie die Zusammenarbeit bei der Erteilung von Ausweispapieren für Asylbewerber ohne Bleiberecht.

Die deutsche Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sowie die der Europäischen Union müssen ihr gemeinsames Engagement noch strategischer auf Krisenregionen ausrichten. Der Einsatz der EU-Mittel und die Aktivitäten der einzelnen Mitgliedstaaten müssen effektiver koordiniert und gebündelt werden. Einer der entwicklungspolitischen Schwerpunkte sollten Bildung, Ausbildung und Beschäftigung sein. Mangelnde Bildung ist eine der Hauptursachen für Verarmung. Armut ist Migrationsgrund, aber auch Nährboden für Extremismus. Mit verstärkten Maßnahmen im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung wollen wir die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben der Menschen vor Ort schaffen.

Schließlich müssen wir durch gezielte Aufklärungskampagnen in den Herkunftsländern Fehlvorstellungen der Menschen über ihr Bleiberecht entgegenwirken. Häufig machen sich Asylsuchende aufgrund falscher Vorstellungen auf den Weg, die durch gezielt gestreute Gerüchte von Schleppern erzeugt werden.



RENANNIÉS an

uns
Mum Ihr

Beschluss: Integration – Unsere Werte gelten

Mit dem Integrationsgesetz haben wir den Grundsatz des Förderns und Forderns fest im deutschen Recht verankert. Wir fördern die Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive durch mehr Angebote an Integrationskursen, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Gleichzeitig fordern wir aber auch die Teilnahme an Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen ein. Werden Integrationsmaßnahmen oder Mitwirkungspflichten abgelehnt, werden Leistungen gekürzt. Wir müssen Integrationsbereitschaft selbstbewusst und aus voller Überzeugung von unseren Werten auf der Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einfordern. Nicht wir müssen uns anpassen, sondern unsere Regeln und Werte müssen beachtet werden. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist nicht möglich, wenn grundlegende Wertvorstellungen wie Gleichberechtigung, Meinungs- und Religionsfreiheit abgelehnt werden.

Der multikulturelle Ansatz von Rot-Grün ist gescheitert. Aus falsch verstandener Toleranz heraus fördert er das Nebeneinander und schadet so dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es geht hier nicht um die Leugnung der eigenen Herkunft oder einen Zwang zur Assimilierung, sondern um das Zusammenleben auf der Grundlage unserer Wertevorstellungen mit unserer Leitkultur als Leitbild. Wir müssen aus Fehlern in der Vergangenheit lernen, Fehlentwicklungen wie das Entstehen von Parallelgesellschaften klar benennen und konsequent gegen sie vorgehen. Für uns gilt: Leitkultur statt Multikulti-Beliebigkeit.

Keine Kinder- und Mehrehen

- ◆ Kinderehen verstoßen gegen die Grundprinzipien unserer freiheitlich demokratischen Grund- und Werteordnung. Insbesondere Ehen von unter 16-jährigen müssen künftig von Anfang an nichtig sein. Die Ehemündigkeit muss sich nach deutschem Recht richten. So sorgen wir für Rechtssicherheit.
- ◆ Kinder in oder aus Kinderehen lassen wir nicht allein. Wir wollen gerade sie mit dem Verbot schützen und werden genau prüfen, wie negative Auswirkungen im Einzelfall etwa bei Unterhaltsansprüchen vermieden werden können. Folgeprobleme müssen gegebenenfalls sozial abgefedert werden, können die rechtliche Anerkennung von Kinderehen aber nicht rechtfertigen.
- ◆ Der Grundsatz der Einehe gehört zu unseren prägenden Wertvorstellungen. In Deutschland akzeptieren wir keine Mehrehen. Diesbezüglich wollen wir prüfen, ob und in welchen Bereichen gesetzliche Anpassungen erforderlich sind.

Von Angesicht zu Angesicht

- ◆ Wir sind stolz auf unsere offene Gesellschaft und die hier gelebte Toleranz. Die Vollverschleierung passt nicht in unsere offene Gesellschaft und widerspricht unserem Grundrecht der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wo immer dies rechtlich möglich ist, wollen wir das Tragen von Burka und Niqab verbieten.
- ◆ Der Bundesinnenminister und der Bundesverkehrsminister haben bereits entsprechende Initiativen zum Verbot der Vollverschleierung in den Behörden und im Straßenverkehr auf den Weg gebracht beziehungsweise angekündigt. Wir fordern den Bundesjustizminister auf, auch in seinem Bereich etwa bei der Zeugenvernehmung endlich für entsprechende gesetzliche Verbote zu sorgen. Sein fortwährendes Verschleppen wichtiger Gesetzgebungsvorhaben insbesondere im Bereich der Inneren Sicherheit schadet dem Rechtsstaat.
- ◆ Im Hinblick auf weitergehende Vollverschleierungsverbote im öffentlichen Raum darf es keine Denkverbote geben.
- ◆ Die unabhängige und neutrale Justiz ist Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Das Vertrauen der Öffentlichkeit hierauf darf durch das äußere Erscheinungsbild einer Richterin oder Staatsanwältin nicht erschüttert werden. Die Neutralität kommt auch durch das Tragen der Robe zum Ausdruck. Deswegen verbietet sich das Tragen eines Kopftuchs. Bund und Länder sind gefordert, im Sinne der Rechtsklarheit zügig entsprechende Verbote zu erlassen.

In Deutschland gilt das Grundgesetz

- ◆ In Deutschland gelten das Grundgesetz und die darauf aufbauende Rechtsordnung. Das Rechtsprechungs- und Gewaltmonopol liegt beim deutschen Staat. Wir dulden weder Paralleljustiz noch die Aushöhlung unserer Rechtsordnung durch sogenannte ‚Scharia-Gerichte‘ oder ‚Scharia-Polizei‘. Alle derartigen Bestrebungen sind strikt zu unterbinden. Sofern hier Regelungslücken bestehen, sind sie zügig zu schließen.
- ◆ Im vergangenen Jahr haben wir gesehen, dass einige Kräfte aus dem Ausland versuchen, Konflikte aus den Heimatländern in unser Land zu tragen. In Deutschland gelten Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, allerdings nicht unbeschränkt. Gewalttätige Ausschreitungen sind jedenfalls nicht umfasst und müssen konsequent verfolgt werden. Wir lassen nicht zu, dass Konflikte aus den Herkunftsländern auf deutschem Boden ausgetragen werden.
- ◆ Auch über die Anstellung ausländischer beziehungsweise im Ausland ausgebildeter Imame in einigen deutschen Moscheen versuchen ausländische Regierungen und Organisationen zum Teil, Einfluss auf bestimmte Bevölkerungsgruppen in Deutschland zu nehmen. Diese Einflussnahme wollen wir soweit wie möglich unterbinden. Unser Ziel ist es, die Ausbildung der Imame und Lehrer in den Moscheen weitgehend in Deutschland durchzuführen, so dass dort langfristig auch die Predigten und Ansprachen überwiegend in deutscher Sprache stattfinden können.

- ◆ Wir fordern sowohl die Islamverbände als auch die islamischen Gemeinden und Vereine auf, sich stärker beim Thema Integration zu engagieren. Sie müssen sowohl bei der Prävention zur Verhinderung von Radikalisierung als auch bei der Aufklärung und Bekämpfung bereits erfolgter Radikalisierung engagierter mitwirken. Es muss uns allen zu denken geben, dass Radikalisierungen immer wieder im Umfeld bestimmter Moscheen stattfinden. Sie sollten sich zu Zentren der Integration und nicht zu Zentren der Separation entwickeln.

Doppelte Staatsangehörigkeit ist Integrationshindernis

- ◆ Wer die deutsche Staatsangehörigkeit will, dem können wir auch die Entscheidung abverlangen, sich vorbehaltlos zu ihr zu bekennen. Dass sich in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern nicht mehr entscheiden müssen, war ein Kompromiss mit der SPD, der insbesondere auf Grund der Einflussnahmeversuche ausländischer Regierungen in letzter Zeit nun zu Recht wieder in Frage gestellt wird.
- ◆ Die bewusste Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit ist der Abschluss einer gelungenen Integration. Wer in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern diese Entscheidung abnimmt, indem beide Staatsangehörigkeiten fortbestehen können, erschwert Integration. Wir wollen dieses Integrationshindernis wieder beseitigen und zum Optionsmodell zurückkehren.

Integration durch Sprache und Bildung

- ◆ Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Nur wer sich ohne Probleme mit den Menschen vor Ort verständigen kann, hat eine Chance, Teil der Gesellschaft zu werden. Die Sprache ist entscheidend für die schulische und berufliche Ausbildung, sie stellt die Weichen für entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten.
- ◆ Nicht der von Rot-Grün zum Teil betriebene Ausbau von Sprachkursen in Türkisch, Arabisch oder Farsi an den Schulen ist der richtige Weg, sondern die gezielte Förderung bei Defiziten in der deutschen Sprache.
- ◆ Eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung unserer Werteordnung spielen die Schulen und Hochschulen. Sie müssen einen besonderen Schwerpunkt auf die Vermittlung der Werte des Grundgesetzes legen. Werte wie Gleichberechtigung, Nicht-Diskriminierung und der Schutz von Minderheiten sind Ausdruck unserer Werteordnung und können nicht kulturell oder religiös motiviert relativiert werden.
- ◆ Bei Anzeichen von Integrationsdefiziten müssen Schulen und Hochschulen mit klaren Leitlinien entgegensteuern. Ausnahmen vom Schwimmunterricht und ähnliche ungerechtfertigte Sonderbehandlungen sind zu vermeiden. Eine schlechtere Behandlung von weiblichen Lehrkräften ist inakzeptabel.

- ◆ Es muss gewährleistet sein, dass Frauen gleichberechtigt Zugang zu allen Integrationsmaßnahmen haben.

Integration durch Ausbildung und Arbeit

- ◆ Eine der wichtigsten Voraussetzungen für gelungene Integration ist die Aufnahme von Ausbildung und Arbeit. Wer selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, wird schnell Teil der Gesellschaft und leistet so einen Beitrag für das Gemeinwesen. Für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive sollte daher geprüft werden, ob und gegebenenfalls welche Regelungen unseren Unternehmen die Einstellung von Flüchtlingen weiterhin erschweren.
- ◆ Um Flüchtlingen die Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen, sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen gefordert. Wir appellieren an alle Beteiligten einschließlich der Wirtschaft, ihre Anstrengungen weiter zu verstärken.
- ◆ Bayern geht hier mit gutem Beispiel voran. Die Vereinbarung ‚Integration durch Ausbildung und Arbeit‘ zwischen der Bayerischen Staatsregierung, der Regionaldirektion Bayern der Bundesanstalt für Arbeit und der Spitzenverbände der bayerischen Wirtschaft hat Vorbildcharakter. Bereits im September wurde mit knapp 40.000 Flüchtlingen das für 2016 gesetzte Ziel von 20.000 Praktikumsplätzen, Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen für Flüchtlinge deutlich übertroffen. 20.200 davon waren Beschäftigungsverhältnisse (ohne Praktika und die über 4.000 Ausbildungsverhältnisse). Die anderen Länder sollten diesem guten Beispiel folgen, damit die Integration in ganz Deutschland noch besser voranschreitet.
- ◆ ‚Integration durch Ausbildung und Arbeit‘ ist nur ein Beispiel von vielen für das große Engagement Bayerns für die Integration. Nachhaltig investiert wird beispielsweise auch im Schulbereich. Kein Land in Deutschland investiert in ähnlichem Umfang in die Integration der Flüchtlinge.

Vermeidung von Ghettobildung

- ◆ Gerade in fremden Ländern tendieren Menschen verständlicherweise dazu, Kontakt zu Menschen mit ähnlicher Herkunft und ähnlichem Hintergrund zu suchen. Dauerhaft erleichtert es hingegen die Integration, wenn Zuwanderer mit Einheimischen ins Gespräch kommen. Hier ist auch die Arbeit der Kirchen, der vielen Vereine und Organisationen für Sport, Musik und Kultur so wichtig. Ihnen gebühren Dank und Anerkennung. Soweit der Bund hier unterstützen kann, werden wir uns dafür einsetzen.
- ◆ Auch die Wohnsitzauflage für anerkannte Bleibeberechtigte bietet eine gute Möglichkeit, Ghettobildungen zu vermeiden. Wir fordern daher alle Bundesländer zur Umsetzung der Wohnsitzauflage auf.

- ◆ Zur Vermeidung von Ghettobildung ist auch die Stadtplanung gefordert. Vor allem die Länder sind in der Pflicht, ausreichenden Wohnraum für alle sozial Schwächeren bereitzustellen. Der Bund unterstützt die Länder hierbei und hat beispielsweise seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau für 2017 bereits im November um 500 Millionen Euro auf nunmehr insgesamt 1,5 Milliarden Euro erhöht.

Leitkultur: Unsere Werte gelten

- ◆ Damit das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gelingt, müssen Zuwanderer unsere Leitkultur respektieren. Ohne Grundkonsens über die wesentlichen Grundlagen unserer Gesellschaft und ihrer Ordnung wird der Zusammenhalt in Deutschland auf Dauer Schaden nehmen.
- ◆ Wer hier leben will, muss die Werteordnung und Prägung unseres Landes anerkennen und unsere kulturellen Traditionen respektieren. Er muss beispielsweise die im Grundgesetz festgeschriebenen Freiheiten – etwa die Religions- und die Meinungsfreiheit – und ihre Grenzen achten, andere Lebensweisen tolerieren und sich an die Gepflogenheiten des Alltags halten. Rassismus und Antisemitismus jeglicher Art haben keinen Platz in unserem Land.
- ◆ In Deutschland gilt die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Deshalb ist es nicht akzeptabel, wenn die Behandlung durch weibliche Ärzte und Pflegekräfte abgelehnt wird, wenn Polizistinnen nicht anerkannt werden oder wenn Frauen aus religiösen Gründen der Handschlag verweigert wird.
- ◆ Frauenverachtendes Verhalten wie in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln und anderen deutschen Städten verurteilen wir aufs Schärfste. Es ist nicht mit unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung vereinbar.

Integration erfordert Anstrengungen von beiden Seiten. Wir sind bereit, die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive in unserem Land umfassend zu fördern, erwarten aber auch von den Zuwanderern die Bereitschaft, sich ihrerseits auf der Grundlage der hiesigen Werteordnung und Leitkultur in unser Land einzubringen.



Beschluss: Deutschland fit machen für die Digitalisierung – Chancen ausgewogen nutzen

Deutschland ist eine der stärksten und innovativsten Volkswirtschaften der Welt. Mit der Digitalisierung erleben wir jetzt eine historische Phase, die unseren Alltag, unser Leben und unser Land tiefgreifend verändert. Die Digitalisierung hat unseren Innovationszyklus massiv beschleunigt und wir erleben eine Dynamik wie nie zuvor. Lagen früher zwischen einzelnen Innovationsschritten Jahre oder auch Jahrzehnte, sind es heute teilweise nur noch wenige Monate. Viele Menschen haben die Chancen der Digitalisierung ergriffen. Andere beobachten diese Entwicklungen mit Skepsis. Sie fragen sich, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf ihr Privatleben und ihren Arbeitsplatz haben wird. Wir wollen die Chancen nutzen, die die Digitalisierung bietet. Zugleich ist es wichtig, Leitplanken aufzustellen. Jetzt geht es darum, den Wandel positiv für uns zu nutzen – für alle Menschen in Deutschland, unabhängig davon, ob sie auf dem Land oder in der Stadt wohnen, alt oder jung sind.

Wir wollen das Internet noch stärker in die Fläche bringen

Schnelles Internet ist heute wie Strom oder Wasser ein grundlegendes Bedürfnis für die Menschen. Das Internet ist auch wichtigste Quelle politischer und gesellschaftlicher Informationen geworden. Ebenso erbringt die öffentliche Verwaltung ihre Dienste zunehmend in digitaler Form.

- ◆ Daher ist die Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen über das Fest- und Mobilfunknetz auch eine Frage gesellschaftlicher und politischer Teilhabe. In einem ersten Schritt werden hierzu alle Haushalte bis 2018 mit Anschlüssen von mindestens 50 Mbit/s vernetzt. Wir wollen eine weitere stete Beschleunigung der Übertragung von Daten erreichen.
- ◆ Auch in den Folgejahren wollen wir die Übertragungsgeschwindigkeit weiter steigern. Dazu wollen wir neben dem Glasfaserausbau auch die Entwicklung und Verbreitung des nächsten Mobilfunkstandards 5G finanzieren.

Wir wollen unsere Innovationsführerschaft bei der Mobilität 4.0 behaupten

Die mit Abstand meisten Patente für das automatisierte und vernetzte Fahren kommen heute aus Deutschland. Wir wollen, dass das so bleibt. Mit der rechtlichen Gleichstellung des menschlichen Fahrers mit dem automatisierten System schafft Deutschland gerade das innovativste Straßenverkehrsrecht der Welt. Mit dem Digitalen Testfeld Autobahn auf der A 9 in Bayern verfügen wir über ein weltweites Leuchtturmprojekt. Das Prädikat „Tested on German Autobahn“ findet heute international Beachtung.

Diesen Weg muss Deutschland konsequent weiter gehen, um die Innovationsführerschaft bei der Mobilität der Zukunft zu behaupten.

- ◆ Wir befürworten ausdrücklich die Pläne, weitere Digitale Testfelder in ausgewählten deutschen Städten und im ländlichen Raum aufzubauen. Deutschland muss auch bei der Entwicklung und Erprobung von automatisierten und vernetzten Systemen für den hoch komplexen Stadtverkehr vorgehen. Im Mittelpunkt stehen sollte dabei die Kommunikation automatisierter Fahrsysteme mit Fußgängern und Radfahrern, die Vernetzung z. B. mit intelligenten Ampeln und ÖPNV-Angeboten, die Steigerung der Kapazitäten auf der Straße und die Verbesserung des Verkehrsflusses.
- ◆ Wir wollen das Förderprogramm des Bundesverkehrsministers für das automatisierte und vernetzte Fahren weiter ausbauen.

Wir wollen ein Datengesetz

Daten sind der Rohstoff der Digitalisierung und bilden die Grundlage sowohl für die digitale Wertschöpfung als auch für den Mehrwert digitaler Anwendungen. Wir wollen einen kreativen und sicheren Datenreichtum ermöglichen. Dafür brauchen wir einen klaren Rechtsrahmen, der die Verfügungsrechte über Daten regelt.

- ◆ Wir brauchen ein Datengesetz, das die Persönlichkeitsrechte der Nutzer mit der Wertschöpfung der Wirtschaft vereint.
- ◆ Dabei wollen wir klarstellen: Die Daten und damit verbundene Rechte gehören den Menschen.
- ◆ Eine Verarbeitung und Vernetzung darf ausschließlich in anonymisierter Form erfolgen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Startups verbessern

Mobilität ist eine deutsche Kernkompetenz. Dies soll auch im digitalen Zeitalter so bleiben. Dafür sind innovative Gründer und Startups unverzichtbar. Unser Ziel ist es, in Deutschland die besten Rahmenbedingungen gerade für Startups im Mobilitätsbereich zu schaffen.

- ◆ Deshalb stellt das Bundesverkehrsministerium mit dem sogenannten mFUND bereits 100 Millionen Euro zur Förderung digitaler Innovationen bereit.
- ◆ Mit der sogenannten mCLOUD öffnet das Bundesverkehrsministerium die Datenschätze des Bundesverkehrsministeriums für alle interessierten Entwickler. So konnte ein offenes Datenportal gestartet werden, auf dem Entwicklern und Startups Millionen an Mobilitäts-, Geo- und Wetterdaten zur Verfügung gestellt werden. Diese Möglichkeiten gilt es auch in anderen Bereichen wie der Gesundheit oder der Robotertechnik weiterzuentwickeln. Den Grundsatz: „Public Data is Open Data“ wollen wir weiterentwickeln. Alle nicht-personenbezogenen Daten, die der Staat erhebt, sollen offen zur Verfügung stehen, um digitale Wertschöpfung zu ermöglichen.

Wir wollen eine Digitalinitiative für die Bildung

Die Grundlagen für die digitale Kompetenz einer Gesellschaft werden in den Schulen und Hochschulen gelegt. Andere Staaten, insbesondere im asiatischen Raum, haben hier bereits enorme Fortschritte erzielt. Es gilt auch in Deutschland, unser Bildungssystem digital weiterzuentwickeln.

- ◆ Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Ländern die Lehreraus- und -fortbildung verbessern, pädagogische Konzepte erarbeiten und die Lehrpläne reformieren. Neben einer stärkeren Vermittlung von Softwarekompetenz brauchen wir eine sinnvolle Integration von digitalen Inhalten in den gesamten Unterricht. Alle Schulen und Hochschulen in Deutschland sind mit digitalen Medien auszustatten und an das schnelle Internet anzuschließen.
- ◆ In enger Abstimmung mit den Sozialpartnern wollen wir die Ausbildungsverordnungen modernisieren und die Vermittlung fachspezifischer digitaler Schlüsselkompetenzen integrieren. Dafür wollen wir auch die Weiterbildung von Ausbildern insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen stärken.
- ◆ An den Hochschulen wollen wir Spitzenlehrstühle für digitale Schlüsselkompetenzen wie Automatisierung und Robotik, künstliche Intelligenz oder auch Unternehmensgründung noch stärker unterstützen – und mit der Förderung von Hochschulclustern den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter ausbauen.

Wir wollen die neuen Chancen in der Arbeitswelt verantwortungsvoll nutzen

Die Digitalisierung hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Sie bedeutet einen enormen Gewinn an Flexibilität. In vielen Berufen ist die Arbeit nicht mehr an eine bestimmte Zeit oder einen bestimmten Ort gebunden. Diesen Zugewinn an Flexibilität gilt es, verantwortungsvoll zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufzuteilen.

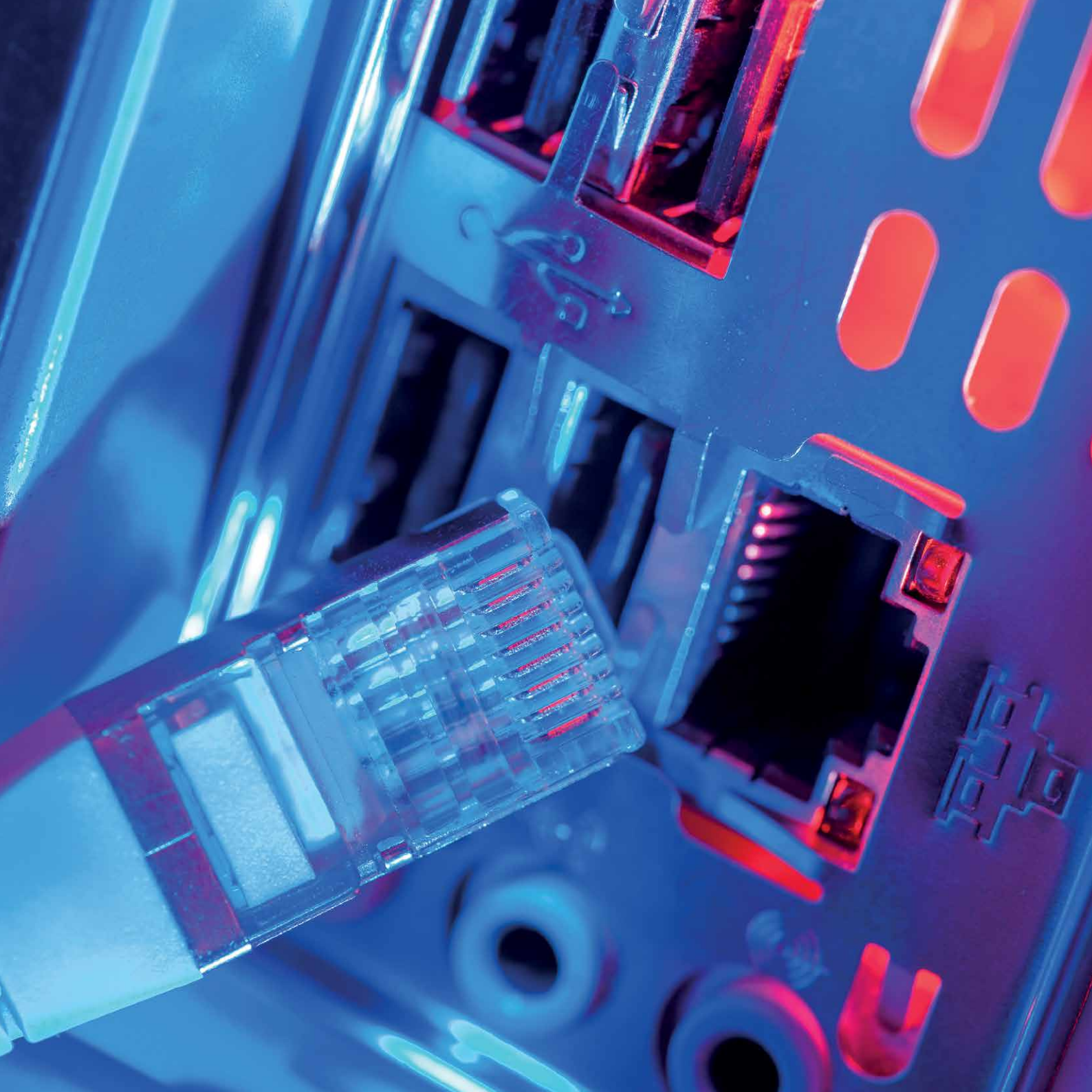
- ◆ Unternehmen profitieren in der digitalen Arbeitswelt von räumlich und zeitlich flexibleren Wertschöpfungsprozessen. Für Arbeitnehmer bieten sich große Chancen auf selbstbestimmtes Arbeiten sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zugleich fühlen sich viele Menschen durch den Datenüberfluss und die ständige Erreichbarkeit unter Druck gesetzt. Sie nehmen dies als Überforderung oder als unbotmäßigen Eingriff in ihre Privatsphäre wahr. Wir sehen dies als ein zentrales Handlungsfeld für die Betriebe und für die Sozialpartner an. Es ist ihre ureigenste Aufgabe, den Gewinn an Flexibilität in der digitalen Arbeitswelt zum Wohle der Arbeitnehmer und der Unternehmen in der Praxis zu gestalten. Wir halten es für dringend geboten, hier das Wissen vor Ort zu nutzen und die Tarifautonomie zu wahren.
- ◆ Hingegen halten wir nichts davon, der Arbeitswelt von staatlicher Seite aus ein starres Korsett anzulegen. Die Vorschläge der Bundesarbeitsministerin zur Anpassung des Arbeitsrechts im Rahmen des „Weißbuchs 4.0“ werden wir daher kritisch begleiten.

Wir wollen ein Bundesdigitalministerium

Wir wollen Reibungsverluste und Parallelstrukturen vermeiden. Daher wollen wir in Zukunft unsere Kompetenzen bündeln. Unser Ziel muss es sein, die gesamte Verantwortung für die Digitalisierung in einem Ministerium zusammenzuführen – von der Infrastruktur über die Vernetzung aller Dinge, die Industrie 4.0 und das automatisierte Fahren bis hin zur digitalen Bildung, der Förderung von Startups und dem Datenschutz. Damit können wir die Effizienz unserer Strukturen deutlich erhöhen.

- ◆ In den entscheidenden Bereichen der Digitalisierung setzt das BMVI schon heute starke Impulse: dazu gehören z. B. der milliardenschwere Breitbandausbau, die Einführung des automatisierten und vernetzten Fahrens, oder die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mobility-Startups.

- ◆ Flächendeckendes schnelles Internet ist die grundlegende Voraussetzung für die Teilhabe aller Menschen in Deutschland an den Chancen der Digitalisierung. Deshalb sollte die politische Begleitung dieser Entwicklung in Zukunft von der Infrastruktur aus gedacht, konzipiert und umgesetzt werden.
- ◆ Derzeit ist die Zuständigkeit für die Digitale Agenda der Bundesregierung auf mehrere Ministerien verteilt. In der nächsten Wahlperiode wollen wir alle zentralen Kompetenzen für die Digitalisierung in einem Bundesdigitalministerium bündeln.



Beschluss: Gefahren aus der virtuellen Welt wirksam entgegentreten

Wir alle sind heute mehr denn je darauf angewiesen, elektronische Informationssysteme und Kommunikationswege zuverlässig und sicher nutzen zu können. Die Bedrohungen nehmen dabei aber immer mehr zu. Angriffe auf unsere Systeme sind entweder krimineller Natur oder sie haben sogar terroristische, militärische oder nachrichtendienstliche Hintergründe.

Die Kriminalität im sogenannten Cyber-Raum, in der Welt der Netze und Computer, ist auf dem Vormarsch. Die Folgen von Attacken bleiben längst nicht mehr auf die virtuelle Welt beschränkt. Auch im realen Leben drohen erhebliche Gefahren: Sabotageakte gegen die Systeme von Energieversorgern und Finanzdienstleistern, automatisierte Fahrzeuge oder sogar das Gesundheitswesen können unsere öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährden. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind technisch immer versierteren elektronischen Spionageangriffen ausgesetzt. Diese untergraben die Stabilität des Gemeinwesens und verursachen nicht nur massive wirtschaftliche Schäden, sondern beschädigen auch das Vertrauen in unsere politische und soziale Infrastruktur. Das sogenannte Darknet, in dem Nutzer anonym bleiben und digitale Währungen als Zahlungsmittel verwenden können, dient als Umschlagplatz für beinahe jede Form von illegalen Gütern. Auch der Amokschütze von München hat sich seine Waffe dort beschafft.

Aber nicht nur Angriffe auf unsere Netze, unsere notwendige Infrastruktur und neue Geschäftsfelder gefährden unser Gemeinwohl. In Onlineforen und sozialen Medien erscheinen täglich neue menschenverachtende Beiträge, die ein nicht gekanntes Maß an sprachlicher Verrohung aufweisen. In diesen sogenannten Hassnachrichten und Hasskommentaren werden Bedrohungen, Nötigungen, Verunglimpfungen, extremistische Inhalte sowie Aufrufe zu Straf- und Gewalttaten verbreitet. Mobbing im Internet hat genauso wie die sexuelle Kriminalität gegenüber Kindern und Jugendlichen im Netz erheblich zugenommen. Immer häufiger werden auch gezielte Falschmeldungen, sogenannte Fake News, über das Internet in Umlauf gebracht. Gezielte Desinformationskampagnen gegen Einrichtungen der demokratischen Willensbildung sind zu einer ernststen Bedrohung geworden.

Schutz und Sicherheit für Bürger und Unternehmen auch im Cyber-Raum zu gewährleisten, ist eine originäre staatliche Aufgabe. Handlungsfähigkeit und Souveränität unseres Landes müssen auch im digitalen Zeitalter sichergestellt sein. Denn das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Regierung, Parlament und Streitkräfte haben bereits eine Reihe von Maßnahmen für mehr Sicherheit im Cyber-Raum ergriffen. Insbesondere die Verabschiedung des IT-Sicherheitsgesetzes im Deutschen Bundestag und die damit verbundene Stärkung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik waren wichtige Schritte, um den Gefahren aus der virtuellen Welt wirksam entgegenzutreten. Die bereits getroffenen Vorkehrungen für mehr Sicherheit im Cyber-Raum müssen jedoch angesichts des rasanten technologischen Wandels beständig an neue Herausforderungen angepasst und weiter erhöht werden.

Möglichkeiten zum Einsatz technischer Hilfsmittel verbessern

- ◆ Unsere Sicherheitsbehörden müssen rechtliche Handlungsmöglichkeiten zum Einsatz verfügbarer technischer Hilfsmittel erhalten. Dazu zählt vor allem auch die Befugnis zu Online-Durchsuchungen, also verdeckte Zugriffe auf fremde informationstechnische Systeme über Kommunikationsnetze im Rahmen der Strafverfolgung. Auch die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ), die Überwachung der Telekommunikation vor Verschlüsselung, stellt ein unverzichtbares Instrument der Strafverfolgung dar. Im Lichte der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung ist eine eigenständige Rechtsgrundlage für den verbesserten Einsatz der Quellen-TKÜ zu schaffen. Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchungen müssen auch von Polizei und Verfassungsschutz durchgeführt werden können.
- ◆ Die Speicherung und Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten muss praxisgerecht fortentwickelt werden. Einzubeziehen sind künftig auch der E-Mail-Verkehr und sonstige Kommunikationsdienste (WhatsApp, Skype). Die Speicherfrist muss verlängert werden. Die Zugriffsmöglichkeiten sind zu erweitern. Zudem ist eine Nutzung auch in weiteren Fällen, etwa bei Terrorismusfinanzierung, Zuhälterei und Wohnungseinbruchsdiebstahl unerlässlich. Es muss auch unseren Nachrichtendiensten unter klar definierten Voraussetzungen erlaubt sein, auf die gespeicherten Verkehrsdaten zugreifen zu können.
- ◆ Im Falle eines Cyber-Angriffs auf kritische, also wesentliche Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen wie beispielsweise die Energie- oder Wasserversorgung, muss es deutschen Behörden im äußersten Fall technisch vollumfänglich möglich sein, die Attacke zu unterbinden und angreifende Server im Ausland vom Netz zu trennen. Wir wollen deshalb bei der Bundeswehr die Fähigkeiten zu Computer-Netzwerk-Operationen weiter ausbauen.

Licht in die Welt der dunklen Geschäfte bringen

- ◆ Auf der dunklen Seite des Internet ist viel Platz für illegale Geschäfte. Für die in diesem sogenannten Darknet häufig verwendeten Zahlungsmittel wie etwa Bitcoins, brauchen wir einen international geltenden Rechtsrahmen. Im Gegensatz zum über Banken abgewickelten Zahlungsverkehr wird der Einsatz digitaler Währungen im Internet bislang nur unzureichend kontrolliert. Er ist auch nur schwer zu überwachen. Kriminelle und Terroristen können weiter Finanztransaktionen tätigen, ohne dabei die eigene Identität offenlegen zu müssen. Wir begrüßen vor diesem Hintergrund, dass die europäischen Geldwäschevorschriften auf Umtausch-Plattformen für virtuelle Währungen und elektronische Geldbörsen ausgeweitet werden sollen. Weitere Schritte sind erforderlich, um auch beim Kauf von Waren und Dienstleistungen mit virtuellen Währungen die Identität der Nutzer feststellen zu können.
- ◆ Personal und Ausstattung der Sicherheitsbehörden müssen wir ständig den gewachsenen Erfordernissen anpassen, um Straftaten in der virtuellen Welt, dem Cyber-Raum, besser ahnden und bekämpfen zu können. Im Darknet, dem anonymen Marktplatz, sollen vermehrt auf das Internet spezialisierte Polizisten zum Einsatz kommen, die gezielt Geldwäsche, illegalen Waffenhandel oder die Kommunikation zwischen Terroristen aufklären.

Mobbing, sexuelle Gewalt und Desinformation im Internet zurückdrängen

- ◆ Auch zur Bekämpfung des sogenannten Cyber-Mobbings und sexueller Kriminalität gegenüber Kindern und Jugendlichen im Internet müssen wir die Fahndung durch verdeckte Ermittler im Netz drastisch intensivieren. Wir fordern zudem schärfere Strafen für Cyber-Mobbing, beispielsweise indem eine gesetzliche Grundlage für besonders schwere Fälle von Beleidigungen im Internet geschaffen wird. Solche Fälle müssen zudem in sozialen Netzwerken einfacher gemeldet und angezeigt werden können.
- ◆ Die Betreiber von sozialen Medien und sonstigen Kommunikationsdiensten müssen dabei ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie stehen in der Pflicht, die Weiterverbreitung von Hassnachrichten und strafbaren Inhalten über ihre Internetplattformen zu unterbinden. Solche Inhalte müssen unmittelbar gelöscht, Konten gesperrt und die Sicherheitsbehörden informiert werden. Kommen die Betreiber dem nicht nach, muss dies – zum Beispiel mit Bußgeldern – sanktioniert werden können.

- ◆ Auch der Weiterverbreitung bewusst falscher Nachrichten, sogenannter Fake News, müssen wir entgegentreten. Wir müssen gegen zielgerichtete Desinformationskampagnen aus der virtuellen Welt des Internets vorgehen und Plattformbetreiber zu Richtigstellungen bzw. Gegendarstellungen verpflichten. Es darf keinesfalls hingenommen werden, dass unsere rechtsstaatlichen Strukturen gezielt destabilisiert bzw. Einzelpersonen oder Personengruppen durch unwahre Tatsachenbehauptungen diffamiert werden. Wir fordern eine Kennzeichnungspflicht von Beiträgen in sozialen Netzwerken, die von Social-Bots, also von computerbasierten Systemen, auf Plattformen veröffentlicht werden. Wo erforderlich, werden wir dazu auch Strafbarkeitslücken schließen.

Zusammenarbeit von Behörden und Wirtschaft stärken

- ◆ Die Verantwortung für die Cyber-Sicherheit liegt in Friedenszeiten beim Bundesministerium des Innern. Sie geht im Spannungs- und Verteidigungsfall auf die Bundeswehr über. Damit ein solcher Übergang im Ernstfall reibungslos funktionieren kann, muss die Bundeswehr auch in Friedenszeiten eng im Betrieb des Nationalen Cyber-Abwehrzentrums mit eingebunden sein. Darüber hinaus ist eine enge Vernetzung des Zentrums mit den zuständigen Bundes- und Landesbehörden, internationalen Partnern, Internetdiensteanbietern und den Betreibern kritischer Infrastrukturen unabdingbar.
- ◆ Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum soll zu einem rund um die Uhr besetzten Lagezentrum ausgebaut werden. Es soll in die Lage versetzt werden, die Cyber-Sicherheitslage in Deutschland zu erfassen, zu bewerten und im Fall eines groß angelegten Angriffs Gegenmaßnahmen einzuleiten.
- ◆ An der Universität der Bundeswehr in München entsteht ein europaweit einzigartiges Kompetenzzentrum für Cyber-Sicherheit. Wir wollen die Vernetzung von Sicherheitsbehörden, IT-Sicherheitsunternehmen sowie der Wissenschaft weiter vorantreiben und schlagen vor, den Standort München beim IT-Gipfel 2017 zum „Digital Hub“ für den Bereich IT-Sicherheit zu erklären. Langfristig soll in München und Umgebung das digitale Ökosystem für den Sicherheitsbereich in Deutschland entstehen.

Standards für Hard- und Software erhöhen

- ◆ Künftig sollen Sicherheits-Gütesiegel für internetfähige Geräte Auskunft darüber geben, dass Mindestanforderungen an die Sicherheit eingehalten werden. Die Verbraucher können zur Verbesserung der Sicherheit von IT-Produkten beitragen, indem sie diese bei der Kaufentscheidung stärker ins Kalkül ziehen.

- ◆ Auch die Hersteller und Vertriebspartner von in Deutschland verkaufter Hard- und Software müssen mehr Verantwortung für die Sicherheit ihrer Produkte übernehmen. Wir wollen eine gesetzliche Grundlage schaffen, die sie verpflichtet, Sicherheitsmaßnahmen entsprechend dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik umzusetzen und Sicherheitsaktualisierungen bei bekannten Schwachstellen in ihren Produkten schnellstmöglich bereitzustellen.



Lohn- / Gehaltsabrech

Diese Abrechnung gilt als ver
Bitte aufbewahren.

Beschluss: Steuerpolitik – für eine echte Entlastung

Wir haben in dieser Legislaturperiode den Grundfreibetrag, den Kinderfreibetrag und das Kindergeld angehoben und die kalte Progression abgebaut. Damit werden Bürgerinnen und Bürger um insgesamt über 10 Milliarden Euro entlastet. Wir haben uns auch erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Übertragung von Unternehmen auf die nächste Generation nicht über Gebühr belastet wird. Der Bundeshaushalt kommt seit 2014 ohne neue Schulden aus. Eine sehr gute Wirtschaftsentwicklung und eine hervorragende Beschäftigungssituation sorgen für steigende Steuereinnahmen. Aus Sicht der CSU-Landesgruppe ist es an der Zeit, den Menschen etwas zurückzugeben, die dazu beitragen, dass Deutschland so gut dasteht. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher für eine umfassende und spürbare Steuerreform in der kommenden Legislaturperiode ein. Die dabei entstehenden Entlastungen müssen allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Steuersenkungen für einige Wenige als Feigenblatt für vielfältige Steuererhöhungen zum Beispiel bei Facharbeitern und zu Lasten unserer mittelständischen Unternehmen, wie die SPD sie plant, lehnen wir ab. Wir dürfen unsere gute wirtschaftliche Entwicklung auch nicht durch die von den Grünen verfolgte Wiedereinführung der Vermögensteuer oder durch eine Verschärfung der Erbschaftsteuer gefährden. Von dieser guten Entwicklung und den dadurch steigenden Steuereinnahmen müssen alle Leistungsträger profitieren, die mit ihrer Arbeit täglich dafür sorgen, dass Deutschland so gut dasteht.

Steuerentlastung – Gerade für kleine und mittlere Einkommen

- ◆ Leistung muss sich wieder mehr lohnen – gerade im unteren Einkommensbereich. Wir wollen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen besonders entlasten, indem wir den Mittelstandsbauch bei der Einkommensteuer deutlich abschmelzen. Die Menschen können damit bei künftigen Lohnerhöhungen mehr von ihrem Zusatzverdienst behalten. Zudem soll der Spitzensteuersatz erst ab einer Einkommensgrenze von 60.000 Euro statt wie bisher von 54.058 Euro greifen. Vom Spitzensteuersatz sind schon lange nicht mehr nur Spitzenverdiener, sondern zunehmend Facharbeiter, Handwerker und Kleinunternehmer betroffen. Beides zusammen ist mit einer Entlastungswirkung im zweistelligen Milliardenbereich verbunden. Auf Dauer wollen wir den Mittelstandsbauch vollständig beseitigen und schrittweise zu einem linear-progressiven Tarifverlauf zurückkehren.

- ◆ Wir wollen den Solidaritätszuschlag nach Auslaufen des Solidarpakts II 2019 schrittweise vollständig abschaffen.
- ◆ Zudem wollen wir die kalte Progression regelmäßig abbauen. Durch die Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Preisentwicklung vermeiden wir heimliche Steuererhöhungen allein aufgrund von Inflation.
- ◆ Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuerquote nicht immer weiter zunimmt. Sie liegt derzeit bei knapp 23 Prozent.
- ◆ Steuererhöhungen lehnen wir ab. Mit uns wird es keine Wiedereinführung der Vermögensteuer oder Verschärfung der Erbschaftsteuer geben.

Mehr Wohnraum schaffen

- ◆ Wir wollen ein Baukindergeld einführen. Beim Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums wollen wir in den ersten 10 Jahren für jedes im Haushalt wohnende Kind eine Förderung von 1.200 Euro pro Jahr gewähren. Eine Familie mit zwei Kindern erhält damit einen Zuschuss von insgesamt 24.000 Euro. Diese Förderung wirkt unmittelbar und unabhängig vom Weg der Baufinanzierung. Zudem ist uns wichtig, dass alle Menschen in Deutschland davon profitieren können. Daher soll dies unabhängig von Einkommen oder Immobilienpreisen in allen Regionen Deutschlands in Anspruch genommen werden können. Zudem wollen wir das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen erhöhen. Parallel zu den zahlreichen bestehenden Programmen der sozialen Wohnraumförderung wollen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen zur Schaffung angemessenen Wohnraums dauerhaft und flächendeckend verbessern.
- ◆ Die Grunderwerbsteuer ist in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren immer wieder angehoben worden. Wir fordern die Länder auf, dies wieder zurückzunehmen. Bayern geht mit gutem Beispiel voran und liegt mit einem Steuersatz von 3,5 Prozent an der Untergrenze. Zudem wollen wir die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer prüfen.
- ◆ In den letzten Jahren haben wir große Anstrengungen unternommen, die Energieeffizienz von Gebäuden zu erhöhen. Dies wollen wir fortsetzen und verstärken, indem wir eine steuerliche Förderung der energetischen Sanierung einführen.

Mehr Verantwortung in Händen der Länder

- ◆ Die Grundsteuer steht aktuell auf dem Prüfstand beim Bundesverfassungsgericht und wird in den kommenden Jahren reformiert werden müssen. Sie ist eine der wichtigsten Einkommensquellen der Kommunen.¹⁴ Länder haben über den Bundesrat einen Reformvorschlag für die Grundsteuer als Gesetzentwurf eingebracht, der zu einer hochkomplizierten Neubewertung von über 35 Millionen Grundstücken führt. Durch die Bewertung, die große Kräfte der Finanzverwaltung über viele Jahre binden würde, werden Mieter und Grundstückseigentümer mit massiven Erhöhungen bei der Grundsteuer

belastet werden, weil die vorgesehene Bewertung auf fiktiven Verkaufspreisen der Grundstücke beruht. Das Verfahren ist kompliziert, unausgewogen und führt nicht zu einer gerechten Grundsteuer. Wir wollen, dass sie auch nach einer Reform einfach zu erheben ist und dass es zu keinen Steuererhöhungen kommt. Das vom Bundesrat beschlossene Modell erfüllt diese Bedingungen nicht. Deshalb lehnen wir es ab. Die Gesetzgebungskompetenz sollte außerdem in die Hand der Länder übertragen werden. Da die Grundsteuer beim jeweiligen Grundstück vor Ort ansetzt, sind steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten ausgeschlossen und länderübergreifende steuerliche Sachverhalte die Ausnahme.

- ◆ Auch bei der Erbschaftsteuer wollen wir die Gesetzgebungskompetenz auf die Länder übertragen.

Niedrigzinsphase kann nicht spurlos am Steuerrecht vorbeigehen

- ◆ Der in der Abgabenordnung vorgesehene Zinssatz für Steuernachzahlungen entspricht mit sechs Prozent im Jahr nicht mehr der Realität. Wir wollen diesen Zinssatz auf drei Prozent pro Jahr halbieren. Diese Zinssatzanpassung soll nach fünf Jahren evaluiert werden.
- ◆ Die anhaltende Niedrigzinsphase belastet Unternehmen, die aufgrund von Pensionszusagen Rückstellungen in ihrer Bilanz bilden müssen, erheblich. Aufgrund des nach wie vor gleich hohen steuerlichen Zinssatzes können die Unternehmen steuerlich weitaus weniger geltend machen, als ihnen als Aufwand für die Altersvorsorge für ihre Beschäftigten tatsächlich entsteht. Daher setzen wir uns dafür ein, den steuerlichen Zinssatz für die Pensionsrückstellungen abzusenken.

Fairer Steuerwettbewerb

- ◆ Steuerdumping geht zu Lasten der Allgemeinheit. Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und weltweit ein faires Steuersystem. Gerade international tätige Großkonzerne müssen dort Steuern zahlen, wo Wertschöpfung und Gewinne entstehen. Nach dem erfolgreichen Abschluss des OECD-Projekts gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerungen im Herbst 2015 kommt es jetzt darauf an, dass die erarbeiteten Maßnahmen von den einzelnen Staaten umgesetzt werden. Deutschland ist dabei bereits vorangegangen und hat die entsprechenden Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie, mit der die Empfehlungen der OECD in der EU einheitlich festgeschrieben werden, in nationales Recht umgesetzt. Die CSU-Landesgruppe unterstützt darüber hinaus die Bestrebungen der Bundesregierung auf Ebene der G20, Steuerumgehung mittels sogenannter Briefkastenfirmen auf internationaler Ebene zu bekämpfen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung auch hierbei vorangeht und ein Gesetz mit Maßnahmen auf nationaler Ebene zur Bekämpfung von Steuerumgehung verabschiedet hat.

Bei all den steuerrechtlichen Maßnahmen wollen wir den eingeschlagenen Kurs der Haushaltskonsolidierung fortführen.



Beschluss: Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Familien fördern

Familienpolitik – eine sichere Basis für alle Generationen schaffen

Der Wandel in der Welt scheint sich immer schneller zu vollziehen. Globalisierung und Digitalisierung bieten große Chancen. Aber sie sorgen bei vielen Menschen auch für Verunsicherung. Wir wollen Familien eine sichere soziale Basis bieten.

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Hier werden im Kleinen Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung und Verantwortung praktiziert, die wir im Großen in unserer Gesellschaft haben wollen. Dies entspricht einer christlichen Werteorientierung, die in unsere Gesellschaft hineinwirkt. Daher ist es ein Kernanliegen der CSU-Landesgruppe, Familien zu stärken. Mit einer modernen Familienpolitik wollen wir dabei allen familiären Situationen gerecht werden. Wir wollen Familien dabei unterstützen, sich möglichst frei nach ihren Wünschen entfalten zu können.

- ◆ Wer Verantwortung in Ehe und Familie übernimmt, soll belohnt werden. Ehe ist nicht nur eine Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft, sondern auch eine Erwerbsgemeinschaft. Das Ehegattensplitting muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Wir wollen es um ein Kindersplitting ergänzen, damit auch unverheiratete Paare mit Kindern und Alleinerziehende profitieren. Denn: Wer Kinder großzieht, leistet in vielfältiger Weise einen Beitrag für unsere Gesellschaft, und das wollen wir stärker auch im Steuerrecht berücksichtigen.

Unterhaltsvorschuss auf sichere Füße stellen

- ◆ Der Unterhaltsvorschuss soll in Zukunft für Kinder bis zum Alter von 18 Jahren gewährt und die maximale Bezugsdauer von 72 Monaten aufgehoben werden. Damit wird der besonderen Belastungssituation begegnet, in der sich Alleinerziehende befinden, wenn der andere Elternteil keinen Barunterhalt leistet. Zudem kann so das Armutsrisiko von Alleinerziehenden verringert werden. Nun ist es Aufgabe des Bundesfamilienministeriums, hier mit den Ländern zeitnah eine Lösung im Hinblick auf die Finanzierung der Ausweitung zu finden. Den Kommunen muss ausreichend Zeit für die erforderlichen Umstellungen und personellen Aufstockungen gegeben werden. Letztlich dürfen wir aber auch den Unterhaltspflichtigen nicht aus seiner Verantwortung entlassen.

Daher fordern wir die Länder auf, nach Wegen zu suchen, wie sie die Rückholquoten steigern können. Bayern liegt mit 35 Prozent in der Spitzengruppe und kann daher als Benchmark dienen.

Familie und Beruf in Einklang bringen

- ◆ Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Ein wichtiger Bestandteil ist dabei, dass Eltern die Möglichkeit haben, sich für eine Phase ganz oder teilweise aus dem Berufsleben zurückzuziehen. Wir wollen diese Möglichkeiten ausbauen. Dabei setzen wir uns für eine ausgewogene Balance zwischen den Wünschen der Familien und den Belangen der Unternehmen ein. Daher wollen wir individuelle Möglichkeiten während der Erziehungs- und Pflegezeiten verbessern. Für einen festgelegten Zeitraum sollen Arbeitnehmer auf einen vereinbarten Prozentsatz ihres Einkommens verzichten können, um auf diese Weise eine Fortzahlung des Lohns oder Gehalts bei einer beruflichen Freistellung zur Kinderbetreuung zu finanzieren, die über die Dauer des Bezugs von Elterngeld hinausgeht. Dies wollen wir insbesondere über die Möglichkeit flexibler Arbeitszeitkonten sicherstellen. Dabei wollen wir ein größtmögliches Maß an individueller Gestaltungsmöglichkeit erhalten – in Abstimmung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wir lehnen es ab, durch immer mehr Sonderregelungen Familien in bestimmte Modelle zu drängen. Im Zusammenspiel mit dem Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz war es daher das Betreuungsgeld, das eine echte Wahlfreiheit für die Eltern geschaffen hat. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass Bayern das Erfolgsmodell Betreuungsgeld nun auf Landesebene fortsetzt.
- ◆ Eine Familienzeit mit einem Familiengeld, wie sie von Seiten der Bundesfamilienministerin gefordert wird, ist hingegen klar abzulehnen. Das Modell setzt den Familien einen engen Korridor an Arbeitszeiten und bietet damit nicht ausreichend Flexibilität. Es würde Arbeitgeber vor deutliche personelle und organisatorische Herausforderungen stellen und wäre gerade für Mitarbeiter in kleinen und mittleren Unternehmen realitätsfern. Die Familienzeit nach dem Muster der SPD wäre letztlich ein Instrument, mit dem gerade die Frauen möglichst bald nach der Geburt ihrer Kinder wieder weitgehend in den Arbeitsalltag eingegliedert werden sollen. Eine echte Wahlfreiheit für die Eltern, zu Hause zu bleiben und das Kind selbst zu betreuen, wird hier nicht verfolgt.

- ◆ Der Ausbau der Kinderbetreuung leistet einen wichtigen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Kita-Plus-Programm, das eine spezielle Förderung für Kitas vorsieht, die längere Öffnungszeiten anbieten, ist hier beispielhaft. Wir wollen den Ausbau der Kinderbetreuung (Kitas und Tagespflegepersonen) konsequent fortsetzen. Dabei darf sich das Betreuungsangebot nicht auf die vorschulische Zeit beschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass qualifizierte Betreuungseinrichtungen für Schulkinder weiter ausgebaut werden. Dies betrifft insbesondere die Mittags- und Nachmittagsbetreuung. Zudem begrüßen wir das Angebot von Ferienprogrammen durch private Anbieter und Kommunen.

Wohneigentumsförderung – ein tragfähiges Fundament für Familien bauen

- ◆ Das eigene Heim ist für viele Menschen ein wichtiger Ort des Rückzugs und der Geborgenheit. Es bietet zudem eine finanzielle Absicherung, die bis ins Alter hineinreicht und dazu beiträgt, Altersarmut zu vermeiden. Wir wollen die Basis dafür schaffen, dass sich mehr Menschen den Wunsch nach einem Eigenheim erfüllen können. Mit knapp über 50 Prozent hat Deutschland eine der geringsten Eigenheimquoten in Europa.
- ◆ Für junge Erwachsene stellen sich oft viele Herausforderungen gleichzeitig: Der Einstieg in den Beruf, die Gründung einer Familie und der Erwerb eines eigenen Heimes. Die finanziellen Belastungen sind in dieser Phase sehr hoch. Wir wollen diese Menschen besonders unterstützen. Daher haben wir schon vor längerer Zeit den Vorschlag eines Baukindergeldes in die öffentliche Diskussion gebracht. Beim Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums wollen wir in den ersten 10 Jahren für jedes im Haushalt wohnende Kind eine Förderung von 1.200 Euro pro Jahr gewähren. Eine Familie mit zwei Kindern erhält damit einen Zuschuss von insgesamt 24.000 Euro. Diese Förderung wirkt unmittelbar und unabhängig vom Weg der Baufinanzierung. Zudem ist uns wichtig, dass alle Menschen in Deutschland davon profitieren können. Daher soll dies unabhängig von Einkommen oder Immobilienpreisen in allen Regionen Deutschlands in Anspruch genommen werden können.
- ◆ Ein beliebter Weg zum Eigenheimerwerb ist das Bausparen. Die Förderung ist seit vielen Jahren nicht mehr an die Preisentwicklung angepasst worden. Daher wollen wir die Einkommensgrenzen bei der Wohnungsbauprämie anheben.

- ◆ Trotz des derzeitigen Niedrigzinsniveaus scheitert die Realisierung des Wunsches nach einem Eigenheim nicht selten an der Bereitstellung des für eine Finanzierung des Eigenheims notwendigen Eigenkapitals oder einer günstigen Zinsvereinbarung bei fehlendem Eigenkapital. Durch eine Bürgschaft für einen Teil der Erwerbskosten der Wohnimmobilie kämen junge Familien in die Lage, die Eigenkapitalvorgaben des Kreditwesens zu erfüllen. Dies könnte über die KfW erfolgen in Verbindung mit einer Prüfung von Immobilienwert, Liquiditätsvorgaben und Gesamtfinanzierung.
- ◆ Bestehende Programme, beispielsweise der KfW zur Finanzierung von Wohneigentum, wollen wir durch eine Kinderkomponente ergänzen.
- ◆ Schließlich wollen wir die Möglichkeit schaffen, Bundesimmobilien und -flächen, insbesondere Konversionsflächen, bevorzugt für Bauprojekte abzugeben, wenn diese – durch ein konkretes Konzept nachweisbar – das Ziel verfolgen, dort junge Familien anzusiedeln.

Kosten beim Immobilienerwerb senken

- ◆ Beim Erwerb von Wohneigentum greifen viele Bundesländer mittlerweile unverfroren zu. Die Grunderwerbsteuer ist in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren immer wieder angehoben worden. Wir fordern die Länder auf, dies wieder zurückzunehmen. Bayern geht mit gutem Beispiel voran und liegt mit einem Steuersatz von 3,5 Prozent an der Untergrenze. Zudem wollen wir die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer prüfen.
- ◆ Die Kaufnebenkosten aus Grunderwerbsteuer, Grundbucheintrag und Notarkosten liegen in Deutschland mit 4,6 bis 8,0 Prozent des Kaufpreises weitaus höher als in anderen Ländern wie z.B. den Niederlanden (rund 2,5 Prozent) oder dem Vereinigten Königreich (rund 1,3 Prozent). Wir wollen an möglichst vielen Stellen ansetzen, um diese Belastung zu senken. Neben einer Verringerung der Grunderwerbsteuer wollen wir die Ursachen für hohe Kosten des Grundbucheintrags und für Notarleistungen analysieren und Kostentreiber beseitigen.
- ◆ In den letzten Jahren haben wir große Anstrengungen unternommen, die Energieeffizienz von Gebäuden zu erhöhen. Dies wollen wir fortsetzen und verstärken, indem wir eine steuerliche Förderung der energetischen Sanierung einführen. Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen wollen wir die geltenden Vorschriften daraufhin durchforsten, welche Regeln sich bewährt haben und wo Regelungen verzichtbar sind. Konkret wollen wir die Vorschriften der Gebäudedämmung in der Energieeinsparverordnung auf den Prüfstand stellen sowie eine weitere Verschärfung der Anforderungen vermeiden. Ziel ist es, finanzielle Belastungen zu senken und individuelle Freiräume zu erhöhen.

- ◆ Wir begrüßen, dass die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, mit der die Defizite bei der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie beseitigt und die Rechtssicherheit für Kreditnehmer und Banken bei der Kreditwürdigkeitsprüfung erhöht werden sollen. Wir werden den Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren genau prüfen und uns dafür einsetzen, dass zudem rechtssicher klargestellt wird, dass bei bestehenden Kreditverträgen sowie bei Neuverträgen in Fällen der Anschlussfinanzierung und Umschuldung bei demselben Kreditinstitut in der Regel keine erneute Kreditwürdigkeitsprüfung erforderlich ist. Zudem werden wir darauf achten, dass die Regelungen nicht altersdiskriminierend sind und keine Benachteiligungen von Familien enthalten.



Beschluss: Altersvorsorge – den Bedürfnissen von Jung und Alt gerecht werden

Wir haben ein verlässliches System der Alterssicherung, das auf drei Säulen ruht: Der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen sowie der privaten Altersvorsorge. Unser Ziel ist es, auch langfristig ein Gesamtversorgungsniveau aus allen drei Säulen sicherzustellen, das annähernd dem heutigen Niveau entspricht und dabei die junge Generation nicht über Gebühr belastet. Unser Alterssicherungsmodell muss keinen internationalen Vergleich scheuen. Es gilt nun, das System an einigen Stellschrauben nachzujustieren. Wir wollen eine Evolution dieses Systems und keine Revolution der sozialen Sicherung.

Wir haben uns bereits auf wichtige Maßnahmen verständigt, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen: bei den Erwerbsminderungsrenten, beim Angleichungsprozess der Rentensysteme in Ost und West und bei den Bedingungen für die private und betriebliche Altersvorsorge.

Zudem wollen wir an folgenden Stellen ansetzen:

Nachhaltigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung weiter stärken

- ◆ Die aktuell gute konjunkturelle Lage wirkt sich positiv auf die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung aus. Die Renten sind zum 1. Juli 2016 in den alten Bundesländern um 4,25 Prozent und in den neuen Bundesländern um 5,95 Prozent gestiegen. Zum 1. Juli 2017 werden die Renten nach Einschätzung der Deutschen Rentenversicherung voraussichtlich um bis zu 2,0 Prozent erhöht. Das Sicherungsniveau und die Beitragssätze haben sich zuletzt besser entwickelt als erwartet. Sie bewegen sich im gesetzlich vorgesehenen Rahmen. Kurzfristig besteht hier deshalb kein Handlungsbedarf.
- ◆ Wir brauchen daher keinen Kurswechsel, sondern Stabilität. Wir werden darauf achten, die Interessen von Jung und Alt in Einklang zu bringen. Keine Seite, weder die junge noch die ältere Generation, darf über Gebühr belastet werden. Die Renten werden auch in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Angesichts der demografischen Entwicklung fällt dieser Anstieg etwas langsamer aus als der Zuwachs bei Löhnen und Gehältern. Zugleich werden wir darauf achten, dass die Beitragssätze nicht zu stark ansteigen, um Beschäftigung nicht zu gefährden. Denn Beschäftigung ist die beste Grundlage für gute Renten. Dies garantieren die bis 2029 gesetzlich verankerten doppelten Haltelinien für Sicherungsniveau und Beitragssätze. Für die Zeit ab 2030 gilt es, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung abzuwarten. Erst vor diesem Hintergrund können die doppelten Haltelinien ab 2030 sachgerecht bestimmt werden. Eine Festlegung zum heutigen Zeitpunkt halten wir nicht für sinnvoll.

- ◆ Die aktuellen Vorschläge der SPD mit einem Beitragssatz von 25 Prozent (statt heute 18,7 Prozent) sind den Beitragszahlern nicht zuzumuten und gefährden die Beschäftigungslage.
- ◆ Eine Anpassung ist hingegen bei der Definition des Sicherungsniveaus notwendig, wie vom Sachverständigenrat für Wirtschaft vorgeschlagen. Das gesetzliche Renteneintrittsalter steigt zwischen 2012 und 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre. Dementsprechend muss auch die beim Sicherungsniveau zugrundeliegende Standardrente um zwei Jahre auf 47 Beitragsjahre angehoben werden. Dadurch wird die Betrachtung realitätsgerechter. Sie verdeutlicht dann: Die bereits 2007 gesetzlich festgelegte Ausweitung der Lebensarbeitszeit führt zu einem höheren Sicherungsniveau.
- ◆ Wichtige Verbesserungen haben wir bei der Erwerbsminderungsrente verabredet. Nach den Verbesserungen zu Beginn dieser Legislaturperiode wird die Zurechnungszeit für Erwerbsminderungsrenten nun für Rentenzugänge um weitere drei Jahre auf das 65. Lebensjahr verlängert. Ergänzend hält die CSU-Landesgruppe bessere Bedingungen für den privaten Abschluss einer Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für notwendig. Derzeit sind die Beiträge nur innerhalb der Vorsorgeaufwendungen gemeinsam mit Beiträgen unter anderem zu Unfall-, Haftpflicht- und Lebensversicherungen steuerlich absetzbar. Durch die anderen Versicherungen ist die Obergrenze häufig schon ausgeschöpft. Wir wollen daher einen eigenen steuerlichen Absetzungsbetrag für eine private Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsversicherung einführen.

Position von Frauen in der Altersvorsorge stärken

- ◆ Frauen sind in unserem Alterssicherungssystem nach wie vor größeren Risiken ausgesetzt. Wir wollen ihre Position stärken und sie vor Altersarmut schützen. Dies gilt gerade deshalb, weil Frauen zumeist den größten Beitrag in der Kindererziehung leisten. Deshalb wollen wir weitere Verbesserungen bei der Mütterrente umsetzen: Unabhängig davon, ob das Kind vor oder nach 1992 geboren ist, sollen künftig drei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet werden. Damit erreichen wir eine vollständige Gleichstellung der Erziehungsleistungen von Müttern.
- ◆ Einem hohen finanziellen Risiko ist eine Frau, neben dem menschlichen Verlust, vor allem dann oft ausgeliefert, wenn ihr Partner stirbt. Nach geltendem Recht wird eigenes Einkommen auf Hinterbliebenenrenten angerechnet. Daran halten wir fest. Allerdings sprechen wir uns für eine Erhöhung der heutigen Freibeträge aus, um vor allem für Witwen Anreize zum Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu geben und auf diese Weise Altersarmut von Frauen vorzubeugen.

Alterssicherung sachgerecht ausbauen

- ◆ Wir wollen die Lebensleistung eines jeden Menschen würdigen. Wer privat oder betrieblich vorgesorgt hat, sollte im Alter davon profitieren können. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Daher halten wir es für sinnvoll, dass Ansprüche aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge nicht vollständig auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Dies wollen wir über einen Freibetrag erreichen. Hingegen halten wir Versprechen neuer Leistungen wie der Solidarrente weder für gerecht noch für finanzierbar.

- ◆ Wir wollen die Alterssicherung von allen Selbstständigen auf festen Grund stellen. Die überwiegende Mehrheit der Selbstständigen schafft es, individuell für das Alter vorzusorgen. Diese Freiheiten möchten wir jedem einzelnen belassen. Hingegen halten wir es nicht für sinnvoll, Selbstständige zu einer bestimmten Form der Absicherung, zum Beispiel zum Eintritt in die gesetzliche Rentenversicherung, zu zwingen. Daher wollen wir eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen, soweit sie nicht ohnehin Mitglied eines öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems sind. Ziel muss eine Basissicherung oberhalb der Grundsicherung im Alter sein. Dabei soll es Wahlfreiheit zwischen dem Eintritt in die gesetzliche Rentenversicherung, einer privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge, oder der Absicherung in einem berufsständischen Versorgungswerk geben. Bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge sollen die entsprechenden Versicherungsansprüche nach dem Vorbild der Rürup-Rente weder vererblich noch übertragbar, beleihbar, veräußerbar oder kapitalisierbar sein dürfen. Mit großzügigen Vertrauensschutztatbeständen, flexiblen beitragsrechtlichen Regelungen und Erleichterungen in der Gründungsphase stellen wir sicher, dass Härten für die Betroffenen vermieden werden.

Bedingungen betrieblicher und privater Altersvorsorge weiter verbessern

- ◆ Bei der betrieblichen Altersvorsorge werden wir uns beim Betriebsrentenstärkungsgesetz weiterhin dafür einsetzen, dass die Verbesserungen auch nicht-tarifgebundenen Unternehmen zugutekommen. Das ist eine Frage der Fairness und der Gleichbehandlung durch den Staat. Dies gilt umso mehr, zumal auch bei nicht-tarifgebundenen Arbeitgebern häufig beispielsweise über die Arbeitsverträge auf Regelungen aus Tarifverträgen Bezug genommen wird.
- ◆ Zudem wollen wir die private Altersvorsorge attraktiver gestalten. Daher wollen wir bei der sog. Riester-Rente die Grundzulage erhöhen. Dies kommt insbesondere Geringverdienern zugute. Zudem halten wir es für sinnvoll, alle Kinder gleich zu behandeln. Die Kinderzulage ist derzeit für Kinder, die vor 2008 geboren wurden, deutlich niedriger als für Kinder, die ab 2008 geboren wurden. Wir wollen sie auf einheitlich 300 Euro festlegen.
- ◆ Selbständige, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung sind, können die „Riester-Förderung“ derzeit nur unter sehr restriktiven Bedingungen in Anspruch nehmen. Wir wollen die Förderung auch für alle Selbständigen öffnen.
- ◆ Die gesetzliche Rente wird jährlich mit Blick auf die Gesamtwirtschaftslage angepasst. Die „Riester-Förderung“ ist hingegen seit vielen Jahren unverändert. Daher wollen wir sie dynamisieren, indem wir die Förderobergrenzen und die staatlichen Zulagen regelmäßig anpassen.
- ◆ Schließlich wollen wir die Förder-Angebote in Zukunft insgesamt einfacher und unkomplizierter gestalten. Dadurch wollen wir ihre Akzeptanz und ihre Verbreitung weiter erhöhen.



Beschluss: Europa – Stark und Selbstbewusst

Millionen Menschen weltweit träumen von einer Zukunft in der Europäischen Union (EU) oder riskieren sogar ihr Leben für diesen Traum. Europa steht für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Europa steht für sieben Prozent der Weltbevölkerung, 25 Prozent der Wirtschaftsleistung und 50 Prozent der weltweiten Sozialleistungen. Die Unionsbürger genießen Grund- und Menschenrechte, sie können frei reisen, ihren Arbeits- oder Studienort frei wählen. Verwaltungen und unabhängige Gerichte garantieren den Rechtsstaat, freie Medien sorgen für Information und Kontrolle. Bei allen Unzulänglichkeiten: Der Kontrast gegenüber autokratischen Regimen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schleifen, könnte größer nicht sein. Europa muss sich daher nicht verstecken, sondern sollte im Gegenteil Selbstbewusstsein zeigen und die Bereitschaft, die eigene Freiheit zu verteidigen. Europa muss eine Vorreiterrolle in der Welt übernehmen, beim Ringen um Frieden, beim Kampf für Menschenwürde und Recht, für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz, bessere Umwelt- und Sozialstandards. Zugleich sollten wir auch das größte Plus offener Gesellschaften nutzen, um noch besser zu werden: die Fähigkeit, Missstände offen anzusprechen, Probleme anzugehen und sich zu wandeln, ohne eigene Werte aufzugeben. Denn die Tendenz zur Renationalisierung in manchen EU-Staaten ist nicht zu übersehen.

Brexit als Weckruf

Der bevorstehende Austritt Großbritanniens muss als Signal verstanden werden, als Anstoß zur nötigen Selbstvergewisserung und Reform. Die CSU-Landesgruppe lehnt es ab, die Verhandlungen zu nutzen, um ein Exempel zu statuieren, das Großbritannien bestrafen und andere Mitglieder von einem Austritt abhalten soll. Die EU ist keine Zwangsvereinigung. Die Mitglieder bleiben freiwillig, wenn und weil sie an den Sinn des europäischen Projekts glauben und weil sie sich davon Vorteile versprechen – für Stabilität, Wohlstand und Sicherheit. Andererseits muss klar sein: Wer die EU verlässt, der kann nicht weiter von den Vorteilen der Gemeinschaft profitieren, ohne dafür zumindest auch substanzielle Beiträge zu leisten.

- ◆ Die EU sollte eine faire Vereinbarung mit Großbritannien anstreben, der bislang zweitgrößten Volkswirtschaft der EU. Es liegt im beiderseitigen Interesse, auch in Zukunft weiter politisch wie wirtschaftlich so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Einen Zugang zum Binnenmarkt darf es nur bei Akzeptanz der vier Grundfreiheiten (Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Personenverkehrsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit) geben, die zusammengehören. Es kann aber nicht in

unserem Interesse sein, eine Zusammenarbeit auf dem Altar abstrakter Prinzipien zu opfern und damit deutsche Wirtschaft und Arbeitsplätze zu gefährden.

- ◆ Kein jetzt erst recht: Nicht alle Kritik der Briten am Zustand der EU war falsch. Wir sollten daher nicht weiter blind in eine Richtung laufen, die uns von den berechtigten Sorgen vieler Menschen entfernt. Die Antwort darf nicht ein schlichtes „mehr Europa“ sein. Ziel muss es sein, ein besseres Europa anzustreben, das die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung wieder ernster nimmt und Ergebnisse liefert. Die EU muss effizienter, bürgernäher und unbürokratischer werden. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und nationalen Parlamente müssen aber auch mehr Verantwortung für das gemeinsame Projekt übernehmen und die Notwendigkeit erklären.
- ◆ Teile der mit den Briten vereinbarten Reformagenda sind weiter aktuell und sollten umgesetzt werden: So ist eine Reform der Freizügigkeit zur Verhinderung missbräuchlicher Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme dringend geboten. Die in letzter Zeit in Deutschland getroffenen Maßnahmen zur Einschränkung der Sozialleistungen für Menschen, die vorher nicht in das deutsche Sozialsystem einbezahlt haben, sind ein richtiger Anfang. Auch die Voraussetzungen für die Gewährung von Grundsicherungsleistungen im Alter für diejenigen, die die überwiegende Zeit ihres Erwerbslebens nicht in dem Land verbracht haben, in dem sie die Leistungen empfangen und dort auch kaum Sozialleistungen und Steuern bezahlt haben, sollten enger gefasst werden. Zusätzlich müssen Kindergeldzahlungen für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten gekoppelt werden dürfen. Bürger und Wirtschaft haben von der Freizügigkeit bisher enorm profitiert. Dennoch ist klar: Freizügigkeit heißt Niederlassungsfreiheit für Arbeitnehmer, nicht für Sozialhilfeempfänger. Die vorhandenen Spielräume des EU-Rechts zur Bekämpfung von Missbrauch müssen voll ausgeschöpft werden.
- ◆ Es bleibt richtig, einen besseren Ausgleich der mitgliedstaatlichen Souveränität und der Kompetenzen der EU anzustreben, mit einer klaren Arbeitsteilung. Die EU sollte sich als schlanke, flexible Union konsolidieren und auf die Kernaufgaben besinnen, die sie besser lösen kann als die Mitgliedstaaten. Die Migrationskrise oder der globale Terrorismus sind solche Herausforderungen, deren Bewältigung einzelne Länder überfordert.

Klare Regeln – auch im Euroraum

- ◆ Solidarität und Eigenverantwortung sind Leitprinzipien der EU. Wer Solidarität fordert, muss auch bereit sein, gemeinsame Lasten zu tragen. Das Subsidiaritätsprinzip ist strikt einzuhalten. Die EU darf danach nur tätig werden, wenn und soweit ein Handeln der Mitgliedstaaten nicht ausreichend ist. Also kein EU-Handeln in Kernbereichen des Straf- und Strafprozessrechts oder des Arbeits- und Sozialrechts. Eine wie auch immer geartete Vergemeinschaftung der sozialen Sicherungssysteme und eine europäische Arbeitslosenversicherung lehnen wir ab.

- ◆ Die Geltung des Rechts in der Union muss uneingeschränkt durchgesetzt werden. Gemeinsam vereinbarte Normen und Beschlüsse sind konsequent umzusetzen, anstatt immer neue zu schaffen. Die EU als Gemeinschaft des Rechts heißt: Rechtstreue und keine politischen Ausnahmen von ohnehin flexiblen Regeln – etwa im Schengenraum oder bei der Bankenunion.
- ◆ Im Euroraum sind Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung nach wie vor von zentraler Bedeutung. Wir lehnen es ab, die Haushaltsregeln aufzuweichen oder vom Konsolidierungskurs abzuweichen. Damit der Stabilitätspakt endlich greift, muss auch die EU-Kommission ihrer Rolle als Hüterin der Verträge effektiver nachkommen als bisher. Die Bundesregierung muss dazu im Ministerrat eine unmissverständliche Haltung einnehmen.
- ◆ Im Hinblick auf die veränderte Zinspolitik der US-amerikanischen Notenbank und die gestiegenen Inflationserwartungen im Euroraum halten wir einen Ausstieg der Europäischen Zentralbank aus der expansiven Geldpolitik für geboten. Die Finanzmärkte und die Finanzaufsicht müssen für die veränderte Situation rechtzeitig Vorkehrungen treffen.
- ◆ Einige Mitgliedsstaaten meinten, strukturelle Reformen vernachlässigen sowie übermäßige Schulden anhäufen zu können. Accountability Bonds, also Verantwortungsbonds, könnten ein Instrument sein, um die Haushaltsdisziplin zu verbessern. Dies sind nachrangige, nationale Staatsanleihen die für den Teil der Neuverschuldung auszugeben sind, der die im Fiskalpakt festgelegte Höchstgrenze für das strukturelle Defizit (0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) überschreitet. Bei bestimmten Ereignissen, z.B. wenn ein Mitgliedstaat ein ESM-Programm in Anspruch nimmt oder der Schuldenstand eines Mitgliedstaates 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreitet, werden die Laufzeiten dieser Anleihen verlängert, ihre Zinszahlungen fallen aus oder die Rückzahlung entfällt teilweise oder vollumfänglich. Dadurch sind Accountability-Bonds unattraktiver als normale Staatsanleihen. Mitgliedstaaten, die die Grenze des strukturellen Defizits einhalten, müssen keine Accountability Bonds ausgeben. Somit besteht ein stärkerer Anreiz, die auf europäischer Ebene vereinbarten Fiskalregeln einzuhalten.
- ◆ Die Stabilisierung der Euro-Zone ist bisher insgesamt erfolgreich. Vier von fünf Ländern haben das Programm erfolgreich abgeschlossen, bekommen keine Hilfe mehr und zahlen ihre Schulden zurück. Heute zählen EVP-regierte Länder wie Spanien oder Irland zu den Wachstumstreibern im Euro-Raum, linke Regierungen wie in Italien und Frankreich bremsen dagegen. Im Hinblick auf die Griechenland-Hilfen bestehen wir auf der Einhaltung der entsprechenden Beschlüsse des Deutschen Bundestages, einschließlich der Beteiligung des Internationalen Währungsfonds. Ein einseitiges Abgehen von den vereinbarten Reformanstrengungen darf es nicht geben.
- ◆ Wir müssen ein geordnetes Verfahren zur Restrukturierung von Staatsschulden einführen, in Verbindung mit Regelungen zum Ausscheiden aus der Eurozone.
- ◆ Die Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken lehnen wir ab – etwa in Gestalt einer europäischen Einlagensicherung. Verantwortung und Haftung dürfen weder bei der Staatsverschuldung noch im Bankensystem auseinanderfallen.

Stark nach außen

Gerade in diesen unsicheren Zeiten brauchen wir eine starke EU. Abschottungstendenzen schaden unseren offenen, exportorientierten Gesellschaften. Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht, wird es in der Welt gehört.

- ◆ Die EU muss sich für eine Weltordnung auf der Basis des Völkerrechts einsetzen. Die Krim-Annexion oder die Missachtung internationaler Urteile und Gerichtshöfe sind Zeichen einer Erosion internationaler Normen.
- ◆ Die Zunahme sicherheitspolitischer Herausforderungen weltweit macht den ambitionierten Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und eine größere strategische Autonomie der EU unerlässlich. Die CSU-Landesgruppe begrüßt, dass zuletzt Weichen für eine Europäische Verteidigungsunion gestellt worden sind, mit dauerhaften operativen Planungs- und Führungsfähigkeiten in Brüssel.
- ◆ Der Gedanke einer „europäischen Armee“ steht für unser Ziel, gemeinsam verteidigungsfähig zu sein. Dem müssen wir uns durch pragmatische Schritte nähern: durch bessere Koordination auf EU-Ebene und eine engere Integration von Truppen einzelner EU-Mitglieder. Die Schaffung von wirksamen Instrumenten zur Krisenprävention und -reaktion, u. a. durch Befähigung der EU-Gefechtsverbände zum schnellen Einsatz in Krisensituationen, ist essentiell. Auch beim reibungslosen Zusammenwirken (Interoperabilität), der Aufgabenteilung zwischen den Streitkräften, der Europäisierung der Ausstattung, bei gemeinsamer Entwicklung und Beschaffung wie beispielsweise von europäischen Drohnen muss es vorangehen. Die Verteidigung gegen hybrides Vorgehen mit Cyberangriffen, Desinformation und verdeckten Operationen sollte europäischer Schwerpunkt werden.
- ◆ Ziel der Entwicklung ist ein starker europäischer Pfeiler in der NATO. Die EU kann und will keine Alternative zur NATO sein. Eine Schwächung der Allianz durch Doppelstrukturen ist unbedingt zu vermeiden. Das transatlantische Bündnis wird Garant unserer Territorialverteidigung bleiben. Die EU hat ganz eigene Stärken, vor allem im Bereich des vernetzten Ansatzes, die sie als Zusatznutzen in die Partnerschaft einbringen kann. Im Gegensatz zur NATO verfügt die EU über den breiteren „Instrumentenkasten“ mit militärischen und zivilen Fähigkeiten (Diplomatie, Ausbildung von Militär und Polizei, Entwicklungszusammenarbeit), den sie in Regionen einsetzen kann, die europäische Interessen besonders berühren – wie etwa in Afrika.
- ◆ Zu Recht verlangen die USA, die bisher überproportionale Lasten schultern, von den europäischen Verbündeten, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen. Eine klare Orientierung am 2 %-Ziel bei den Verteidigungsausgaben wird die Modernisierung auch der osteuropäischen Streitkräfte beschleunigen und kann helfen, das europäische Gewicht innerhalb der NATO und die strategische Autonomie der EU zu steigern. Die deutliche Erhöhung des deutschen Verteidigungsbudgets ist ein wichtiger CSU-Erfolg.

Gute Beziehungen zu den Nachbarn und weltweit

Die EU bleibt ein attraktives Modell: Viele Länder haben ein Interesse an engeren Beziehungen oder einem Beitritt. Hier gilt zunächst: Konsolidierung vor Erweiterung. Nur eine intern gefestigte EU kann neue Mitglieder aufnehmen.

- ◆ Die Türkei hat sich für einen EU-Beitrittsprozess disqualifiziert. Die Situation bei Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit ist besorgniserregend. Die demokratischen Rückschritte sowie die Repressionen gegen Journalisten, Oppositionelle und Staatsbedienstete zeigen, dass die Türkei sich weiter von europäischen Grundwerten entfernt. Wir sollten daher die Beitrittsgespräche abbrechen und realistischere Kooperationsformen anstreben. In jedem Fall muss die Zahlung von Heranführungshilfe gestoppt werden, die nicht der Zivilgesellschaft oder Flüchtlingsprojekten zugutekommt. Die Türkei erfüllt zudem die Bedingungen für eine Visaliberalisierung nicht.
- ◆ Die transatlantischen Beziehungen der EU zu den USA und Kanada sind für beide Seiten aus historischen und kulturellen Gründen einzigartig. Sie sind von Regierungswechseln unabhängig und zukunftsfest. Die EU muss daher alles daran setzen, protektionistische Argumente zu widerlegen und die Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen. Die schnelle Ratifizierung von CETA und eine Neubelebung der TTIP-Verhandlungen liegen im deutschen Interesse. Sonst setzen China, Russland oder Indien die Standards der Zukunft.
- ◆ Die EU braucht eine langfristige Strategie für einen realistischen Umgang mit Russland. Solange Moskau aber in der Ukraine nicht auf den Boden des Völkerrechts zurückkehrt, sehen wir keine Möglichkeit, die Sanktionen aufzuheben. Die bisherige Geschlossenheit der EU-Staaten in der Russlandpolitik ist dabei ein wesentliches Pfund.
- ◆ Die EU kann nur davon profitieren, mit den dynamischen Ländern des afrikanischen Kontinents auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten – in Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zentral sind echte Investitionen und faire, entwicklungsfreundliche Handelsabkommen. Nur wenn es gelingt, die Potenziale des Kontinents zu mobilisieren, wird man langfristig die Probleme Afrikas lösen. Abkommen mit Staaten in Regionen, aus denen viele Migranten in die EU kommen, helfen beim Kampf gegen irreguläre Migration. So können wir mehr Rückübernahmen erreichen, die Lebensbedingungen und die Sicherheitslage verbessern und den Menschen vor Ort eine Perspektive geben. Parallel zur Steigerung der Rückführungsraten muss die Wiedereingliederung von Rückkehrern in den Heimatländern unser Ziel sein. Auch weitere Umschichtungen im EU-Haushalt zugunsten einer aktiven Flüchtlings- und Entwicklungspolitik sind nötig.



Beschluss: Ländliche Räume fördern

Sicherheit, Geborgenheit und Zusammenhalt verbinden viele von uns mit Heimat. Dieser Ort, in dem wir ein Gefühl von Heimat entwickeln, kann eine Großstadt sein - oder eben der sogenannte ländliche Raum. Heimat, wo immer wir sie sehen und finden, ist Teil unserer nationalen Identität. Sie ist ein Grundpfeiler unserer Politik. Daher widmen wir uns dem Thema auch und gerade in einer sich wandelnden Welt. Weder Menschen, die in Städten leben noch Menschen in ländlichen Strukturen dürfen sich als Einwohner zweiter Klasse fühlen. Einen Stadt-Land-Gegensatz darf es nicht geben. Nicht nur Städte, gerade ländliche Räume bieten hohe Lebensqualität. Ländliche Räume erfüllen viele Funktionen als Wirtschafts-, Erholungs- und Naturräume.

Ländliche Räume lebenswert erhalten

◆ Rund 90 Prozent der Fläche Deutschlands sind ländliche Räume. „Auf dem Land“ leben über der Hälfte der Einwohner Deutschlands. Der überwiegende Teil unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft, des Handwerks und des verarbeitenden Gewerbes ist im ländlichen Raum angesiedelt. Nicht alle ländlichen Räume haben sich zu prosperierenden Regionen entwickelt. Manche Regionen stehen vor großen Herausforderungen beispielsweise durch immer mehr Abwanderung und Alterung der Bevölkerung, fehlende Arbeitsplätze, Gebäudeleerstand, angespannte Kommunalfinanzen und Defizite bei der Daseins- und Grundversorgung. Dafür müssen wir Antworten entwickeln. Bayern ist hier vorbildhaft. Gab es in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts in einigen ländlichen Regionen saisonbedingt fast 40 Prozent Arbeitslose, so befinden wir uns heute nahe der Vollbeschäftigung. Das verdanken wir einer weitsichtigen Politik in Bayern, die frühzeitig beispielsweise mit dezentralen Infrastrukturmaßnahmen und Universitätsgründungen reagiert hat. Der ländliche Raum soll auch in Zukunft Heimat für die Menschen und regional verankerte Wirtschaft sein und lebenswert und existenzsichernd bleiben. Wir wollen, dass die Menschen optimistisch in die Zukunft schauen. Daher sind gleichwertige Lebensverhältnisse unser übergeordnetes Ziel. Entscheidungen müssen auch vor Ort in den ländlichen Kommunen getroffen werden können. Die kommunale Selbstverwaltung und Eigenverantwortung prägen unser Land seit Jahrhunderten. Gebietsreformen, die hierauf keinerlei Rücksicht nehmen, lehnen wir ab. Ländliche Räume sind geprägt vom Gemeinsinn, den wir stärken wollen. Freiwillige Feuerwehren, Trachtenvereine und Kulturinitiativen prägen den Zusammenhalt vor Ort. Hierfür brauchen die Menschen auch Zeit. Umso wichtiger ist es, dass sich Arbeit und Ehrenamt verbinden lassen.

Mobilität und Grundversorgung auf dem Land neu denken

- ◆ Der Ausbau der Infrastruktur ist für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land unabdingbar.
- ◆ Fast alle Lebensbereiche werden vom digitalen Wandel erfasst. Ein leistungsfähiger Internetanschluss ist heute ein relevanter Standortfaktor für Unternehmen und private Haushalte. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene verfolgen wir daher ambitionierte Ziele zur Verbesserung der Breitbandversorgung. Lücken in der Breitbandversorgung, wie es sie insbesondere im ländlichen Raum immer noch gibt, sind möglichst bald zu schließen. In Deutschland soll bereits bis Ende 2018 eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 50 MBit/s erreicht werden. Mit dieser Breitbandstrategie stoppen wir den Trend, dass Regionen abseits der Städte von der Spitze abgehängt werden.
- ◆ Eine unverzichtbare Voraussetzung für bundesweit gleichwertiger Lebensverhältnisse ist auch eine gute Verkehrsinfrastruktur. Der Bundesverkehrswegeplan ist gerade für ländliche Regionen wesentlich. Daneben gilt es, vernetzte und lokal angepasste Mobilitätslösungen umzusetzen, die den öffentlichen Personennahverkehr ergänzen und den Anforderungen von Familien sowie Jung und Alt gerecht werden. Statt großer leerer Linienbusse gibt es immer mehr Mitfahrplattformen, aufgrund bürgerschaftlicher Initiativen gegründete Bürgerbusse oder Carsharing-Angebote, die über ein internetfähiges Mobilfunktelefon nutzbar sind. Die Digitalisierung, etwa bei verbesserten Informationen darüber, wann und wohin Bürger- oder Gemeindebusse fahren, wird hier eine wichtige Rolle spielen. Für weniger oder nicht mehr mobile Senioren nimmt der private, ehrenamtliche oder entgeltliche Mitnahmeverkehr eine immer größere Bedeutung ein.

Gesundheitspolitik macht nicht an städtischen Grenzen Halt

- ◆ Wir brauchen auch im ländlichen Raum ein gutes Niveau an medizinischen und pflegerischen Leistungen. Ärzte, Hebammen, Pflegepersonal, Notfallversorgung und Krankenhäuser müssen erreichbar bleiben. Hausärzte sind das Rückgrat unserer medizinischen Versorgung. Ihre Verfügbarkeit und Erreichbarkeit muss flächendeckend und wohnortnah erhalten bleiben. Daher setzen wir uns für die bundesweite Einführung einer Landarztquote im Medizinstudium ein. Das von Bayern erfolgreich initiierte Stipendienprogramm für Medizinstudenten, die sich im Gegenzug für eine monatliche finanzielle Unterstützung für eine fünfjährige Tätigkeit im ländlichen Raum verpflichten, kann hier als Beispiel dienen. Möglich wäre auch, eine bestimmte Zahl von Studienplätzen denjenigen vorzubehalten, die sich verpflichten, nach abgeschlossener Ausbildung für eine bestimmte Zeit in einer unterversorgten Region im ländlichen Raum zu praktizieren. Ergänzend sollen die neuen Impulse der Telemedizin genutzt und der Ausbau sogenannter mobiler Dienste gefördert werden.

- ◆ Zudem ist eine flächendeckende Versorgung mit Apotheken unabdingbar. Das ist im Interesse aller Patientinnen und Patienten, denn eine fachkundige Beratung oder ein wohnortnaher Nacht- und Wochenenddienst sind unersetzlich. Der Versandhandel darf keine Rosinenpickerei und einen schädlichen Preiskampf zu Lasten der Apotheken betreiben. Wir setzen uns daher für ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in Deutschland ein.

Eine auskömmliche Landwirtschaft ist die Grundlage unserer Heimat

- ◆ Der ländliche Raum leistet wichtige Beiträge zur Ernährung, zur Wasser- und Energieversorgung und zur Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe. Der Land- und Forstwirtschaft kommt dabei eine besondere wirtschaftliche und ökologische Bedeutung zu. Sie sorgt für gesunde Lebensmittel und nachwachsende Rohstoffe, pflegt unsere Kulturlandschaft und prägt damit unsere Heimat. Das bäuerliche Familienunternehmen ist unser Leitbild. Gerade junge Menschen bleiben nur in ihrer ländlichen Heimat, wenn Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden. Dazu sollten in Zukunft auch junge Unternehmensgründer besser gefördert werden. Wir fordern zudem eine Gesamtstrategie „Ländlicher Raum“, die insbesondere die Diversifikations- und ergänzende Einkommensmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe in den Blick nimmt.
- ◆ Das Ehrenamt bedarf unserer Anerkennung und besonderen Unterstützung. Freiwilliges Engagement – beispielsweise als Ortsbäuerin oder in der Landjugend - leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer regionalen bäuerlichen Strukturen und stärkt den sozialen Zusammenhalt in unseren Dörfern.
- ◆ Um die ländlichen Regionen insgesamt und die Landwirtschaft im Besonderen weiterhin als den wichtigsten Grundpfeiler der ländlichen Räume zu stärken, benötigen wir eine angemessene Finanzausstattung und mehr Flexibilität für die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die Zuständigkeiten sollten stärker gebündelt und vereinheitlicht werden.
- ◆ Das sogenannte Zwei-Säulen-Modell der Gemeinsamen Agrarpolitik in der Europäischen Union, das aus Direktzahlungen an die Landwirte und aus gezielten Förderprogrammen für den ländlichen Raum besteht, hat sich bewährt. Die europäischen Programme zur ländlichen Entwicklung sind allerdings nur mit hohem bürokratischen Aufwand zu administrieren. Die Komplexität der Vorschriften und der Verwaltungsaufwand für Antragsteller und Behörden ist für viele zu einem Symbol einer realitätsfernen Förderbürokratie geworden. Die Anwendung der Programme ist daher zu entbürokratisieren und zu vereinfachen. Wir brauchen hier einen Neustart.

- ◆ Die Herausforderungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Energie bei zugleich abnehmenden Nutzflächen sind groß. Der Verlust von Landwirtschaftsflächen muss gebremst werden. Die Praxis, immer mehr landwirtschaftliche Nutzflächen als Ausgleichsflächen für Infrastruktur- und Bauvorhaben aus der produktiven Nutzung zu nehmen, lehnen wir ab. Der Bau neuer Anlagen im Rahmen der Energiewende sollte möglichst keine flächenverschlingenden Ausgleichsmaßnahmen mehr auslösen. Denn Flächen sind knapp, und die Nachfrage nach Lebensmitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen wächst.

Versorgung mit Bargeld und Krediten vor Ort gewährleisten

- ◆ Wir stehen zum Drei-Säulen-System im deutschen Bankensektor. Private Banken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen sollen auch in Zukunft das Rückgrat des deutschen Mittelstands bilden und für eine ausreichende Kredit- und Bargeldversorgung vor Ort sorgen. Damit sie das können, müssen wir gerade für kleine Banken und Sparkassen mit nachweislich geringeren Risiken die regulatorische Kostenbelastung senken. Regulierung und Aufsicht müssen sich proportional zu den Risiken des jeweiligen Kreditinstituts verhalten. So wollen wir auch gewährleisten, dass die Kreditversorgung des Mittelstands und die Finanzierung von Wohneigentum nicht aufgrund überzogener regulatorischer Anforderungen unnötig eingeschränkt werden.



Die 56 CSU-Abgeordneten der 18. Wahlperiode

Albsteiger, Katrin (Burlafingen, Schwaben)
Auernhammer, Artur (Weißenburg i.B., Mittelfranken)
Bär, Dorothee (Wahlkreis Bad Kissingen)
Brandl, Dr. Reinhard (Wahlkreis Ingolstadt)
Dobrindt, Alexander (Wahlkreis Weilheim)
Durz, Hansjörg (Wahlkreis Augsburg-Land)
Eberl, Iris (Aichach, Schwaben)
Fabritius, Dr. Bernd (München, Oberbayern)
Freudenstein, Dr. Astrid (Regensburg, Oberpfalz)
Friedrich, Dr. Hans-Peter (Wahlkreis Hof)
Frieser, Michael (Wahlkreis Nürnberg-Süd)
Göppel, Josef (Wahlkreis Ansbach)
Hahn, Florian (Wahlkreis München-Land)
Hasselfeldt, Gerda (Wahlkreis Fürstfeldbruck)
Hoffmann, Alexander (Wahlkreis Main-Spessart)
Holmeier, Karl (Wahlkreis Schwandorf)
Irlstorfer, Erich (Wahlkreis Freising)
Kalb, Bartholomäus (Wahlkreis Deggendorf)
Karl, Alois (Wahlkreis Amberg)
Koschyk, Hartmut (Wahlkreis Bayreuth)
Lange, Ulrich (Wahlkreis Donau-Ries)
Lanzinger, Barbara (Amberg, Oberpfalz)
Launert, Dr. Silke (Hof, Oberfranken)
Lehrieder, Paul (Wahlkreis Würzburg)
Lenz, Dr. Andreas (Wahlkreis Erding-Ebersberg)
Lerchenfeld, Philipp Graf von und zu (Wahlkreis Regensburg)
Lindholz, Andrea (Wahlkreis Aschaffenburg)
Ludwig, Daniela (Wahlkreis Rosenheim)
Mayer, Stephan (Wahlkreis Altötting)
Meier, Reiner (Tirschenreuth, Oberpfalz)
Michelbach, Dr. h.c. Hans (Wahlkreis Coburg)
Mortler, Marlene (Wahlkreis Roth)
Müller, Dr. Gerd (Wahlkreis Oberallgäu)
Müller, Stefan (Wahlkreis Erlangen)
Nüßlein, Dr. Georg (Wahlkreis Neu-Ulm)
Obermeier, Julia (München, Oberbayern)
Oßner, Florian (Wahlkreis Landshut)
Radwan, Alexander (Wahlkreis Starnberg)
Rainer, Alois (Wahlkreis Straubing)
Ramsauer, Dr. Peter (Wahlkreis Traunstein)
Rupprecht, Albert (Wahlkreis Weiden)
Scheuer, Andreas (Wahlkreis Passau)
Schmidt, Christian (Wahlkreis Fürth)
Silberhorn, Thomas (Wahlkreis Bamberg)
Singhammer, Johannes (Wahlkreis München-Nord)
Stefinger, Dr. Wolfgang (Wahlkreis München-Ost)
Stracke, Stephan (Wahlkreis Ostallgäu)
Straubinger, Max (Wahlkreis Rottal-Inn)
Strebl, Matthäus (Dingolfing, Niederbayern)
Uhl, Dr. Hans-Peter (Wahlkreis München-West/Mitte)
Ullrich, Dr. Volker (Wahlkreis Augsburg-Stadt)
Weisgerber, Dr. Anja (Wahlkreis Schweinfurt)
Wöhrl, Dagmar (Wahlkreis Nürnberg-Nord)
Zech, Tobias (Garching a.d.Alz, Oberbayern)
Zeulner, Emmi (Wahlkreis Kulmbach)
Zollner, Gudrun (Wallersdorf, Niederbayern)

Impressum

Herausgeber

CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
Max Straubinger MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion

Linda Dietze; Jutta Lieneke-Berns

Layout

Christiane Bruns

Druck

Ruksaldruck GmbH + Co. KG

Stand

Januar 2017

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

www.csu-landesgruppe.de

Bildnachweise

Joerg Koch (17); picture alliance (pa)/dpa (4);
pa_SZ Photo (1); pa_Andreas Franke (1);
pa/chromorange (1); pa/Wavebreak Media (1);
pa_MITO Images (1); pa_prisma (1);
Henning Schacht (1)

Die Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Kontakt

CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030 227-51999

csu-landesgruppe@cducsu.de

Folgen Sie uns:



www.twitter.com/csu_bt

